Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die „Volksstimme“ erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage) mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (einschließlich der Unterhaltungsbeilage „Die Rast“): Emil Müller, Magdeburg. Verantwortlich für Inserate: Wilhelm Lindau, Magdeburg. Druck und Verlag von W. Pfannkuch & Co., Magdeburg, Gr. Münzstr. 3. Fernsprechanschlüsse: Inserate 1567, Redaktion 1794, Verlag und Druckerei 961. — Zeitungspreisliste Seite 404. —

Bezugspreis: Vierteljährlich einschl. Zustellung 2.25 Mk., monatl. 80 Pf. Beim Abholen von der Expedition und den Ausgabestellen vierteljährlich 2 Mk., monatl. 70 Pf. Bei den Postanstalten 2.25 Mk. ohne Bestellgeld. Einzelne Nummern 5 Pf. — Insertionsgebühr: die 7gespaltene Kolonelzeile 15 Pf., Inserate von auswärts 25 Pf., im Reklameteil Zeile 1 Mk. Postscheckkonto: Nr. 5258 Berlin. — Etwaiger Rabatt kann verweigert werden, wenn nicht binnen 4 Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt.

Nr. 146. **Magdeburg, Mittwoch den 25. Juni 1913.** **24. Jahrgang.**

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten einschließlich der Unterhaltungsbeilage „Die Rast“.

Orgien der Gesetzlosigkeit.

Die amerikanische Kapitalistenpresse führt zurzeit einen wüsten Verleumdungsfeldzug gegen die syndikalistischen „IndustrialWorkers of the World“, die gegenwärtig in der vor den Toren Neuyorks gelegenen Weberstadt Paterson von neuem den Nachweis erbringen, wie trefflich sie sich auf die Organisierung von Massenstreiken verstehen. Seit Wochen bemüht sich die Lügenpresse um die Wette, den Pöbel gegen die Führer der revolutionären Arbeiterorganisation aufzuhetzen, und vor kurzem berichtete sie denn auch mit Behagen, wie William Haywood auf einer seiner Reisen ins Streikrevier beinahe von „guten Bürgern“, die den Agitator erkannten, unter einen Bahnzug geworfen worden wäre, ein Geschichtchen, das wahrscheinlich so erlogen ist, wie die von derselben Presse unter reichlicher Zuhilfenahme von Plakatbuchstaben tagtäglich erzählten Missetaten der „Industrial Workers“, das aber für den gemeingefährlichen Charakter der bürgerlichen Hetzereien bezeichnend ist. In welchem Lager aber die wahren „Anarchisten“ sitzen, dafür liefert jeder Tag neue unerhörte Beispiele.

Die Schuldigsprechung des Genossen Patrick Quinlan, eines der Streikleiter in Paterson, stellt sich immer klarer als eine bewußte Rechtsbeugung heraus, und weil sie das ist, hat sie die bürgerliche Presse in einen wahren Wonnetaumel versetzt. Die besonders respektable „Evening Post“ scheut sich nicht, offen heraus zu sagen, es käme gar nicht darauf an, ob Quinlan die ihm von der Anklage zugeschriebenen Aeußerungen wirklich getan habe oder nicht — es galt eben, „ein Exempel zu statuieren“. Unser Parteigenosse war beschuldigt, in einer Streikversammlung den Antrag gestellt zu haben, die Streikbrecher einfach aus ihren Arbeitsplätzen hinauszuprügeln. Es fehlte vor Gericht nicht an Schutzleuten, die mit heiligen Schwüren bekräftigten, daß Quinlan die ihm in den Mund gelegte Dummheit wirklich gesprochen habe. Den paar Polizisten standen über hundert „Zivil“-Zeugen gegenüber, die sämtlich unter ihrem Eide bekundeten, daß Quinlan nicht nur jene Aeußerung nicht gebraucht, sondern in der fraglichen Versammlung nicht den Mund aufgetan habe!

Kein Wunder, daß die Jury in dem ersten Prozeß gegen unsern Genossen zu keiner Schuldigsprechung gelangen konnte und erst die zweite „bessere“ Jury zusammengetrommelt werden mußte, die dann auch ohne die Umständlichkeiten einer abermaligen Verhandlung im Handumdrehen das gewünschte Resultat lieferte. Die Zusammensetzung der Jury ist in dem „Rechtsstaat“ New Jersey dem diskretionären Ermessen des Sheriffs überlassen — so nennt man die obersten Vollzugsbeamten eines „Countys“ (Grafschaft), die gewisse allgemeine polizeiliche Befugnisse haben und stets zu der übelsten Sorte bürgerlicher Geschäftspolitikanten gehören. Der Sheriff des Hudson-Countys, der die Quinlan-Jury ausgesucht hat, ist ein Typus dieser Sorte. Der Kerl entblödet sich nicht, die verhaßten „Ausländer“ — die Streikenden sind fast durchweg eingewanderte Arbeiter, meist Deutsche und Italiener — als „Tiere niederer Ordnung, unreif für das Recht der Redefreiheit“ zu bezeichnen. Er teilt die schönen Gesinnungen seiner kapitalistischen Freunde, denen es erlaubt ist, mit blutrünstigen Hetzreden um sich zu werfen, wie: „Den Kerlen sollte man die Leber ausreißen! — Jagt sie aus der Stadt hinaus! Schlagt sie tot! Gesetz hin, Gesetz her!“

Es entspricht dieser anarchistischen Gesinnung, daß die Behörden jetzt die einzigen Versammlungshallen, die den Arbeitern am Orte zur Verfügung standen, als „unsittliche Lokale“ geschlossen haben, freilich, ohne damit ihren Zweck, die Ausständigen mundtot zu machen, erreicht zu haben. Die 25 000 Weber und Färber genießen nämlich nach wie vor die Gastfreundschaft der Nachbargemeinde Haledon, deren schaffende Bevölkerung klug genug war, sich einen sozialistischen Bürgermeister zu geben. Vor kurzem suchten die Patersoner Kapitalisten den Bürgermeister von Haledon durch Zitierung vor eine Anklagejury einzuschüchtern, aber da kamen sie an den Unrechten, denn Bürgermeister Brückmann ließ sich als deutscher Sozialdemokrat von echtem Schrot und Korn nicht ins Bockshorn jagen. Er stellte vor der Jury die Lügenhaftigkeit der Textilbarone und ihrer Presse an den Pranger und erklärte, daß er, unbekümmert um diese Elemente, fortfahren werde, seine Pflicht als Sozialist zu erfüllen. Und als man ihm mit den „blauen Gesetzen“ drohte, die sonntägliche Versammlungen verbieten, entgegnete er kühl: „Schön, aber dann werde auch ich die Sonntagsgesetze durchführen und keinem Automobil, keiner Kutsche, keiner Straßenbahn erlauben, Sonntags die Straßen von Haledon zu befahren.“ Das genügte den Geschwornen, um den sozialistischen Bürgermeister in Ruhe zu lassen. Ohne den tapfern deutschen Sozialisten wäre übrigens der Streik längst verloren gewesen. Eine gute Lektion, nebenbei bemerkt, für die syndikalistischen Führer in Paterson mit ihrer Predigt von der „Nutzlosigkeit der politischen Aktion“.

Daß der kapitalistische Gewaltkoller auch bereits auf die Behörden der Metropole übergreift, dafür lieferte ein Neuyorker Polizeirichterlein namens Cornell einen grotesken Beleg. Wegen „Mißachtung der Landesfahne“ hielt der Kadi zwei Patersoner Weber für ein gerichtliches Verfahren fest, weil sie die Drehorgel, mit der sie im Interesse des Streikfonds auf eine Kunstreise ausgezogen waren, in eine blauweißrote Fahne eingehüllt hatten. Der Einwand, daß sie auf diese Weise ihren Respekt vor den Landesfarben ausdrücken wollten, half den verdutzten Webern nicht.

Die tollsten Gewaltorgien feiert der verbrecherische Yankeekapitalismus aber doch in Westvirginien, dessen Grubenherren ein regelrechtes militärisches Schreckensregiment etablierten, um ihre 80 000 Kohlengräber zu Paaren zu treiben. Ende Mai fand in Neuyork eine riesig besuchte Versammlung statt, in der die 81jährige Genossin Jones, die vom 20. Februar bis zum 7. Mai in Gemeinschaft mit mehr als 100 Genossen und Streikenden als Gefangene des Kriegsgerichts eingekerkert war, haarsträubende Dinge über die Zustände in dem „amerikanischen Rußland“ berichtete. Inzwischen wird aber glücklicherweise vom Kriegsschauplatz gemeldet, daß der Gouverneur von Westvirginien vor dem Untersuchungskomitee, das der Parteivorstand dorthin entsandte, kapituliert, die Freilassung der letzten Gefangenen verfügt und die Aufhebung des Kriegsrechts zugesichert habe.

Das bedeutet einen Triumph der amerikanischen Sozialdemokratie, unter deren Schutze der Bergarbeiterverband jetzt daran geht, die Grubenheloten Westvirginiens zu organisieren. Die Tage der McGuires-Schlächtereien oder der Chikagoer Justizgreuel sind eben doch vorüber! —

Politische Uebersicht.

Magdeburg, den 24. Juni 1913.

Bayern widerspricht nicht mehr.

Die „Berliner Volkszeitung“ erfährt, daß die süddeutschen Regierungen in der letzten Zeit für die neue Gestaltung der Deckungsvorschläge gewonnen worden sind. Ein „Unannehmbar“ gegenüber der Vermögenszuwachssteuer und der Einkommensteuer des Heeresbeitrags sei von ihnen nicht mehr zu erwarten.

Bayern soll nach der Meldung der „Volkszeitung“ derjenige Bundesstaat gewesen sein, dessen Betreiben es hauptsächlich zuzuschreiben war, daß die Reichsvermögenszuwachssteuer nicht zum Hauptstück der für die Deckung der laufenden Kosten bestimmten Vorlage gemacht wurde. Der diese Haltung Bayerns kennzeichnende Ausspruch des bayrischen Ministerpräsidenten lautete: Bayern würde sich selbst aufgeben, wenn es diese Steuer annähme.

Nun wird sich Bayern selbst aufgeben! Als entschiedene Gegner einer Reichsvermögenszuwachssteuer bleiben wahrscheinlich nur Sachsen und die Hansestädte, besonders Hamburg, übrig, die nun wohl überstimmt werden. —

Soldatenehre.

Den militärbegeisterten bürgerlichen Parteien geht nun einmal das Verständnis für die persönliche Würde des „gemeinen“ Soldaten vollständig ab. Auch diejenigen, die nicht abgeneigt sind, eine Verbesserung des Soldatenrechts zu befürworten, werden immer wieder durch die Furcht vor einer Untergrabung der Disziplin davon abgehalten, die Konsequenzen aus ihren guten Absichten zu ziehen. Alle Persönlichkeitsrechte haben schließlich hinter der Forderung dessen, was man in Deutschland unter Disziplin versteht, in den Hintergrund zu treten.

Nichts Bezeichnenderes gibt es in dieser Beziehung als den Versuch, den der freisinnige Abgeordnete Müller (Meiningen) im Reichstag machte, die Frage ins Groteske zu ziehen. Unter dem lebhaften Beifall und der brüllenden Heiterkeit der Rechten erklärte er es für unmöglich, daß, wenn ein Hauptmann zum Soldaten sage: „Rammel g'scherter, stell Di grad her,“ der Soldat antworten dürfe: „Hauptmann, Du bist der allergrößte Rammel.“

Wir versteifen uns nicht auf die bayrischen Kraftausdrücke, aber wir stehen auf dem Standpunkte, daß der gemeine Mann genau so verdient in seiner persönlichen Ehre geschützt zu werden wie der Vorgesetzte. Und wenn dieser sich — sei es nun in Taten oder sei es in Worten — Uebergriffe zuschulden kommen läßt, so soll der Soldat das Recht haben, sich auf der Stelle zur Wehr zu setzen. Nur so ist letzten Endes eine Gewähr dafür geboten, daß den Beschimpfungen und Mißhandlungen Einhalt getan wird.

Daß Müller (Meiningen) und seine Freunde sich einen solchen Zustand, in dem die Disziplin auf gegenseitiger Achtung beruht, nicht vorzustellen vermögen, ist bei ihrer sonstigen Stellung zum Militarismus nicht weiter verwunderlich. Aber vielleicht sollten sie sich in diesem Jubiläumsjahr, von dem doch auch die Liberalen so viel und so gern reden, daran erinnern, daß vor 100 Jahren eine der wesentlichsten Bedingungen für die Wiederherstellung des preußischen Waffenruhms die gewesen ist, daß die Militärreformer — Gneisenau und Scharnhorst an der Spitze — mit den veralteten Vorstellungen von Disziplin gebrochen haben. Sie proklamierten damals vor allen Dingen die „Freiheit des Rückens“; sie schafften die barbarischen Körperstrafen ab, ohne die man bis dahin nicht auszukommen geglaubt hatte. Es gab auch zu jener Zeit genügend Anhänger des bewährten Alten, die gegen diese umstürzlerischen Maßnahmen Himmel und Hölle in Bewegung setzten oder sie, wie heute Müller (Meiningen), mit Spott übergossen. Einer der Führer der Reaktionäre, von der Marwitz, sagte von der Abschaffung des Spießrutenlaufens: „Es war ein Opfer, welches dem allerliebsten Zeitgeist gebracht wurde, welcher weichlich ist, und den es entsetzlich dünkte, seinen Buckel hinzuhalten, selbst wenn er es vollkommen verdient hatte . . ., es gibt aber faule Kerle mit dickem Fell, die lieber in den Kasten kommen als die Mühen des Lehrmeisters beachten. Durch ein paar Hiebe würden sie aus ihrer Apathie erwachen, wie Kinder, denen solche Strafen auch am besten sind.“

Immerhin war von der Marwitz ein Junker, und zwar einer der rabiatesten, und Müller (Meiningen) will 100 Jahre später als einer der fortgeschrittensten Fortschrittsmänner gelten. —

Gerhart Hauptmann — verrückt!

Wie auf ein Kommando fallen die rechtsstehenden Blätter über den Dichter des Breslauer Jahrhundertfestspiels her. Offenbar soll die „Kulturtat“ der gegen Hauptmann inspirierten Clique beschönigt werden. Ein Leitartikler der „Deutschen Tageszeitung“ bemerkt augenverdrehend: „Es tut uns leid um Gerhart Hauptmann, den wir trotz allen Mangels an Klarheit und künstlerischer Gestaltungskraft geachtet haben, weil er ein Herz voll Liebe und mannigfache dichterische Schönheiten für diese Mängel bot; wenn aber die Niederlage von Breslau das Ende seines Dichterruhms bedeuten sollte, dann wäre in erster Linie die Clique daran schuld, die ihn unnatürlich und unehrlich emporgelobt und seinem bessern Selbst untreu gemacht hat.“

Den Vogel schießt bei der Hetze gegen Hauptmann die „Tägliche Rundschau“ ab, die den Dichter kurzerhand für geistesgestört erklärt. Sie schreibt: „Die beklagenswerte Geistesverfassung Hauptmanns, von der das Jahrhundertfestspiel ein betrübliches und medizinisch einwandfreies Zeugnis ablegte, hat unter dem Einfluß der freisinnigen Lärmpresse, die vollends tobsüchtig geworden ist, ein weiteres Stadium erreicht. Wir fürchteten diesen Zusammenbruch seit langem, er ist jetzt erreicht. Psychiater sollten sich allein mit dem vielleicht interessanten Fall abgeben. Hauptmann depeschiert um sich herum.“ Dann werden die zwei Antworttelegramme Hauptmanns an die fortschrittlich-volksparteilichen Reichstagsabgeordneten und an den Goethebund wiedergegeben. Hieran schließt das Blatt folgende Schlußbemerkung: „Es ist zu Ende. Hier beginnt Verfolgungswahn. Es ist die Sprache und der Ton, den jeder geschulte Mediziner kennt. So weit haben es die mitleidlosen Schreier mit Hauptmann gebracht. Es ist schamlos, einen sichtlich erledigten, zermürbten und mit 50 Jahren geistig ausgegebenen Mann derart vor die Oeffentlichkeit zu zerren. Der Hohn, den die Gelegenheit billig bietet, stirbt vor dem mitleiderregenden Anblick.“

Hauptmann, der Weltabgewandte, wird in diesen Tagen vielleicht ein wenig lernen. —

Hupp, mein Mädel!

Die deutschen Haus- und Grundbesitzer, die bekanntlich am Rande des wirtschaftlichen Ruins stehen und denen die Gesetzgebung immer neue und immer unerträglichere Lasten aufbürdet, singen ihre Klagelieder in

diesem Jahr in Kiel, und wie wir schon jetzt überzeugt sein dürfen, wird ihr Kongreß wieder den Nachweis erbringen, daß das Deutsche Reich zum Untergang verurteilt ist, wenn nicht bald eine Aktion zur Rettung der schwer bedrohten Grundbesitzer unternommen wird. Sie haben ihre Not schon auf frühern Tagungen hinausgeschrien, aber man hat sie nicht so gehört, wie sie es gewünscht hätten, und deshalb ist es gut, daß bei Gelegenheit der Begrüßungsansprachen an die vergeblichen Anstrengungen der Vergangenheit erinnert wurde. Der Konsul Winding (Kopenhagen), der Vertreter der dänischen Haus- und Grundbesitzer, erwarb sich das Verdienst, diese Erinnerungen zu beleben. Er gedachte, wie die Zeitungen berichten, der herrlichen Tage in Berlin gelegentlich des internationalen Hausbesitzerkongresses, namentlich der wundervollen Abende in den Cafés und Kasinos mit ihren Hupp, mein Mädel!

O ja, so haben diese Bejammernswerten um ihre Existenz gekämpft. Hupp, mein Mädel!

Und in Kiel zeigten sie, daß sie den alten Traditionen treu bleiben wollten. Es mußte gleich wieder jemand huppen. Der Hausbesitzerverein der Stadt Itzehoe hatte als Delegierten zum Kongreß einen Bodenreformer entsandt, und der Vorstand des Gesamtverbandes beantragte wegen dieses Frevels kurzerhand Ausschluß der Itzehoer, mit dem Zusatz, daß keine Debatte über diesen Antrag stattfinden solle. Es gab einen lebhaften Tumult, aber der Vorsitzende ließ nicht einmal Reden zur Geschäftsordnung zu, und ehe man sich umgesehen hatte, waren die Itzehoer draußen.

Das ist so die Art, wie in bürgerlichen Organisationen die Meinungsfreiheit geachtet wird. Wenn aus der sozialdemokratischen Partei einer nach Erschöpfung aller Instanzen und nach langen Diskussionen ausgeschlossen wird, dann schreit man über Vergewaltigung, Tyrannei und weiß Gott worüber sonst noch, und die am lautesten schreien, arbeiten dann in ihren eignen Verbänden Mißliebigen gegenüber nach dem Rezept: Hupp, mein Junge! —

Das badische Blockabkommen.

Am Sonntag hielten sowohl die Sozialdemokraten wie die Nationalliberalen und Fortschrittler Badens außerordentliche Parteitage ab, um das Blockabkommen zu sanktionieren, das von den Vertretern dieser drei Parteien vor einiger Zeit für die Landtagswahlen vorbereitet worden war.

Der außerordentliche Parteitag der badischen Sozialdemokratie fand am Sonnabend und Sonntag in Freiburg statt. Er war sehr stark besucht. Delegierte wurden 134 gezählt, dazu kamen 16 Landtagsabgeordnete. Der Parteivorstand war durch den Genossen Ebert vertreten. Außerdem hatten die bayrischen, hessischen, pfälzischen und elsaß-lothringischen Organisationen Vertreter entsandt.

Ueber das Blockabkommen referierte der Abg. Dr. Frank. Er führte zur Begründung aus:

Wir verlangen in der Landespolitik die konfessionell gemischte und rein weltliche Schule, bei der bevorstehenden Reform des Fortbildungsschulwesens Uebernahme der Kosten auf den Staat. Weiter fordern wir Trennung der Kirche vom Staat und Ablehnung der 1914 wieder fällig werdenden Verlängerung der Dotation an die Kirchen im Betrage von 6 000 000 Mark. Die Justizfragen müssen nach dem Friedrichsfelder Urteil gegen streikende Arbeiter jetzt öfter wie früher im badischen Landtag besprochen werden. Die Ausnutzung der Wasserkräfte für das ganze Land und durch den Staat hat die Sozialdemokratie stets gefordert und sie vertritt diese Forderung auch ferner mit Nachdruck. Aber auch den Kampf für die Arbeitslosenversicherung, für die Verbesserung der Fabrikinspektionen hat die Landtagsfraktion stets in den Vordergrund gestellt. Wir sind keine großherzoglich badischen Sozialdemokraten und wollen es auch nicht sein. Aber um obige Forderungen durchführen zu können, müssen wir unter allen Umständen eine Majorität des Zentrums und der Konservativen verhindern, und dazu soll das Teilabkommen mit den Nationalliberalen und Fortschrittlern bei den Landtagswahlen dienen. Es ermöglicht dem Zentrumsführer Wacker nicht, die Koalition der Linken zu sprengen. Ein allgemeiner Großblock für den ersten Wahlgang ist nicht abgeschlossen worden, wir sind also trotz des Teilabkommens vollständig selbständig gegenüber den Nationalliberalen und den Fortschrittlern. Das Teilabkommen bezieht sich auf die Wahlkreise Lahr-Stadt, Schwetzingen, Mannheim-Schwetzingen, Heidelberg-Wiesloch und Heidelberg-Eberbach. Hier stellen die Fortschrittler und Nationalliberalen getrennt Kandidaten auf, um es dem Zentrum unmöglich zu machen, der Sozialdemokratie dadurch diese Kreise zu nehmen, daß es sofort den liberalen Kandidaten unterstützt. Im zweiten Wahlgang muß dann das eigentliche Großblockabkommen durchgeführt werden. Unser ganzer Besitzstand war nicht in das Teilabkommen einzuschließen, da unsre prozentuale Stimmenzahl für solche Ansprüche zu gering ist. Es darf eben nicht nur auf die Zahl der Mandate ankommen. Wir müssen auf jeden Fall die Zentrumsmehrheit verhindern. Geben wir das Abkommen preis, gleicht das einer verlornen politischen Schlacht.

Diskussion über das Referat Franks fand nicht statt. Der Antrag, das getroffene Abkommen zu billigen, wurde unter großem Beifall einstimmig angenommen. Das Referat Franks soll als Broschüre erscheinen. Der Landesvorstand wird das Zentralwahlkomitee bilden. —

Die holländischen Wahlen.

Der Vorstand der holländischen sozialdemokratischen Partei hat sämtlichen freisinnigen und zwei dissentierenden klerikalen Stichwahlkandidaten Stichwahlbedingungen gestellt, die sich auf das Wahlrecht und die Arbeiterpensionierung beziehen. Die sozialdemokratische Partei wird nur diejenigen Kandidaten unterstützen, die sich auf diese Stichwahlbedingungen verpflichten.

Der Landesausschuß der drei freisinnigen Parteien erließ einen Aufruf an die Wähler, wonach diese aufgefordert werden, bei Stichwahlen zwischen Sozialdemokraten und Klerikalen für die Sozialdemokraten zu stimmen. Wenn diese Parole befolgt wird, bedeutet das den Sieg von 18 Sozialdemokraten in der Stichwahl.

Der Vorstand der „antirevolutionären" (protestantisch-kleinbürgerlichen) Partei gab die Wahlparole aus, bei Stichwahlen zwischen Liberalen und Sozialdemokraten sich der Stimme zu enthalten. Auch diese Wahlparole ist für die Sozialdemokratie sehr günstig, sie würde den Sieg von weiteren sechs Sozialdemokraten bedeuten.

Indessen die Wahlparolen allein entscheiden nicht. Wenn es zur Wahlpraxis kommt, dann werden sich in vielen Kreisen die feindlichen bürgerlichen Brüder zusammenfinden und die Sozialdemokraten durchfallen lassen.

Das Stimmenergebnis der Wahlen ist jetzt festgestellt. Auf die Klerikalen entfielen 380 000, auf die Liberalen 235 000 und auf die Sozialdemokraten 145 000 Stimmen. Ferner sind abgegeben worden für dissentierende (außerhalb des Parteiverbandes stehende) klerikale Kandidaten rund 22 000 Stimmen. Zum erstenmal seit 1897, also seit dem Bestehen des jetzigen Wahlrechts, haben die Klerikalen nicht mehr die Mehrheit der abgegebenen Stimmen. Eine erhebliche Zahl ehemaliger klerikaler Arbeiter haben diesmal sozialdemokratisch gewählt. Prozentual verteilen sich die Stimmen wie folgt auf die einzelnen Parteien: Klerikale 48,8 Prozent (1909 56 Prozent), Liberale 30,5 Prozent (31 Prozent), Sozialisten 18,6 Prozent (13 Prozent), Dissidenten 2,1 Prozent (— Prozent). —

Das Ende der Marconi-Affäre.

Die große Unterhausdebatte über die Marconi-Affäre ist vorüber, und die Liberalen, die vor diesen Tagen wie vor keinen früheren gezittert hatten, atmen wieder befreit auf. Aber nicht nur die Liberalen, sondern auch die Konservativen. Denn die Geschichte hätte für beide Parteien viel schlimmer ablaufen können. Die Gefahr für beide Parteien bestand darin, daß sie beide in der Hitze des Gefechts in einen künstlichen Eifer hineingeraten und allerlei unkluge Dinge sagen würden. Darin bestand freilich die einzige Möglichkeit für einen Sieg der Wahrheit und der Gerechtigkeit, aber eben deshalb lag es im höchsten Interesse beider Parteien, diesen einen Weg um jeden Preis zu vermeiden. Die „verantwortlicheren" Organe der Konservativen, vor allem die „Times" baten denn auch die konservative Opposition, sich bei ihren Angriffen auf die Minister zu mäßigen. Am liebsten hätten die maßgebenden Kreise es gesehen, wenn die ganze Debatte in holder Eintracht geendigt hätte, und wahrlich, viel hat nicht dazu gefehlt. Denn war die Stimmung am ersten Tage der Debatte noch einigermaßen gereizt, so zeigte sich am zweiten, daß von einem Konflikt zwischen den Auffassungen der Liberalen und Konservativen, was sich Minister erlauben dürfen, um unterderhand zu einem hübschne Sümmchen Geldes zu gelangen, absolut nicht beireht.

Mit einer Mehrheit von 78 Stimmen nahm das Unterhaus schließlich eine Resolution an, worin es den „Ausdruck des Bedauerns" der beiden Minister Isaacs und George über ihre Transaktionen in amerikanischen Marconi-Aktien akzeptiert, sie im übrigen reinwäscht und die Anklagen der Korruption verurteilt. Wenn die Konservativen gegen diese Resolution stimmten, so natürlich nicht aus irgendwelcher Ueberzeugung oder aus ethischen Erwägungen, sondern weil sie doch glaubten, sich unter den obwaltenden Umständen ein Recht erworben zu haben, die ganze Affäre bei den Wahlen zu ihrem Vorteil auszuschlachten, was freilich nicht möglich gewesen wäre, wenn das Unterhaus eine einstimmige Resolution angenommen hätte.

Der Abschluß der ganzen Affäre zeigte das englische Unterhaus in seinem schlechtesten Lichte. Die Heuchelei, der Selbstbetrug und die Unwirklichkeit, die den englischen Parteienkampf stets im hohen Maße kennzeichnen, feierten jetzt Orgien. Man vergegenwärtige sich, daß zwei Gruppen von Politikern, die einander periodisch an der Regierung ablösen und stets auf dem besten freundschaftlichen Fuße miteinander bleiben, Gericht sitzen sollen über die gegenseitigen korrupten Praktiken aus Anlaß von Börsenmanipulationen gewisser Minister, die nichts Ungewöhnliches an sich haben, als daß sie diesmal dank verschiedenen Umständen zufällig ans Tageslicht gelangten! Nur wenn die Opposition in ihrer Gier, schnell die Regierung zu stürzen, alle Klugheit und Besonnenheit vergessen, hätte die Angelegenheit anders verlaufen können.

Aber die Massen des Volkes haben genug gesehen, um ihnen über so manches die Augen zu öffnen. Es ist sehr merkwürdig, aber in England kein ganz seltener Vorfall, daß, während im Parlament die Politiker sich gegenseitig Komplimente drechseln oder höchstens subtile ethische Unterschiede entwickeln, man auf der Straße, auf den Eisenbahnen und in den Klubs kaum einen einzigen Menschen findet, der aus den monatelangen Verhandlungen und Enthüllungen nicht die unerschütterliche Ueberzeugung gewonnen hat, daß die Staatsmänner recht schmutzige Geschäfte treiben. Das ist nicht viel, aber dennoch ein Gewinn. Der Glorienschein der selbstlosen Hingabe für das Volk, mit dem sich die Liberalen und insbesondere Lloyd George gern umgeben, ist unwiederbringlich verloren.

Die breiten Massen, die sich bei diesem Anlaß klarer als je zuvor bewußt wurden, wie wenig sie von den beiden bürgerlichen Parteien auf eine Verdolmetschung ihrer Meinungen rechnen können, setzen ihre Hoffnungen in die Arbeiterpartei. Sie sind leider enttäuscht worden. Unmittelbar vor der Unterhausdebatte schrieb das offizielle Organ der I. L. P., der „Labour Leader": „Wenn die Arbeiterfraktion in dieser Frage die Regierung unterstützt, dann sind wir überzeugt, daß sie den größten Fehler ihrer Laufbahn begehen wird." Die große Mehrheit der Fraktion hat die Regierung unterstützt. Es ist kein Geheimnis, daß es innerhalb der Arbeiterfraktion zu heftigen Auseinandersetzungen über die Stellungnahme zur Marconiaffäre kam. Aber nachdem der Vertreter der Partei in der Marconikommission, der Genosse Parker, den Mehrheitsbericht unterzeichnete, waren die Hände der Fraktion mehr oder weniger gebunden. Nur fünf Arbeitervertreter enthielten sich ostentativ der Abstimmung; es sind gut klingende Namen: Thorne, O'Grady, Jowett, Snowden, und Walsh. Unter den Parteigenossen hat die Haltung der Fraktion Konsternation und Entrüstung hervorgerufen. Lägen nicht gerade jetzt besondere Umstände von der größten Bedeutung vor, die die Vermeidung aller innern Streitigkeiten gebieterisch fordern, dann hätte die Unzufriedenheit der Massen sich diesmal in sehr scharfen Formen geäußert.

Uk-

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, 24. Juni 1913.

Gesang auf öffentlichen Plätzen.

In der „Köln. Ztg." finden wir folgende Anregung: „Der alte Uhland hat gut reden: Singe, wem Gesang gegeben. Die meisten Menschen schämen sich heute zu singen. Das kann man selbst auf der Landstraße, wie fast überall, erfahren. Schreitet ein singendes Paar fröhlich daher, so wird es sofort stumm, sobald es in die Nähe der ersten Häuser kommt oder auch nur ein Mann, Weib oder Kind sich zeigt. Unser Volk wird dadurch immer ärmer an Schätzen des Gemüts, die in den alten schönen, harmlos und mit innigem Behagen gesungenen Liedern ruhen. Sie werden vergessen. An die Stelle des guten Volksgesangs tritt der sadfreche Operettenschlager. Das ist schon oft beklagt worden. Auch in der Schule hat man dem Volksgesang immer mehr Liebe geschenkt. Aber eine sterbende Blume ist schwer zu retten. Vielleicht wenn man sie, wie ein erfahrener Gärtner, in einen frischen Boden pflanzt.

Wenn harte Lebenspflichten und üble Gewohnheiten heute den Sinn für guten Volksgesang bedrohen, so sollte man seine Schönheiten um so eifriger zeigen: nicht nur in den Uebungsräumen der Gesangvereine und gegen Eintrittsgeld an „Liederabenden", die man nur im Festkleid besuchen kann, sondern auf der breiten Straße des Lebens, in der weiten Oeffentlichkeit.

In vielen Städten ist es Sitte, daß an bestimmten Tagen auf freien beliebten Plätzen ein Musikkorps spielt. Die Vorübergehenden lauschen gern dieser Kunst und nehmen von ihr auch wohl ein Stück mit nach Hause. Warum ahmen die Gesangvereine dieses Vorbild nicht nach? In Dresden sang der „Tannhäuser" am ersten Pfingstmorgen in einem großen Volkspark und Tausende freuten sich der sinnigen Einleitung des Festes. Ob in Großstadt oder Bauerndorf: kein Gesangverein sollte sich zu vornehm halten, auf Straßen und Plätzen auch dem schlichten Volke seine künstlerischen Gaben auszuteilen. Es wird dankbar sein. Nicht nur zwischen den vier Wänden singen! Jeder Verein müßte es sich zur schönen Pflicht machen, vor oder nach der Uebungsstunde in der Woche einmal auf einem freien Platze still zusammenzutreten und einige seiner Lieder zum besten zu geben." Vielleicht macht einer unsrer Arbeitergesangvereine di Probe aufs Exempel, wie die — Polizei über diese Kulturarbeit denkt. —

— **Muß die Frau Kirchensteuer bezahlen?** Der Arbeiter Klenke in Bielefeld, der schon seit Jahren aus der Landeskirche ausgetreten ist, wurde für seine nicht aus der Landeskirche ausgetretene Frau mit der Hälfte des Kirchensteuerbetrags vom Kirchenvorstand der evangelischen Kirchengemeinde Altstadt-Bielefeld herangezogen. Hiergegen erhob K. Beschwerde, da nach einer Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts vom 14. Mai 1912 es unzulässig sei, wenn der Mann für seine Frau zur Kirchensteuer herangezogen würde. Der Kirchenvorstand erkannte dies auch an, zog aber nun die Ehefrau Klenke zur Kirchensteuer heran.

Gegen diese Veranlagung legte die Frau beim Presbyterium Einspruch ein, mit der Begründung, daß doch nur derjenige zur Kirchensteuer herangezogen werden könnte, der ein Einkommen hat und demzufolge zur staatlichen Einkommensteuer veranlagt ist. Sie hätte aber kein Einkommen, wäre auch nicht zur staatlichen Einkommensteuer veranlagt. Es müßte also in diesem Falle der Mann von seinem Einkommen die Kirchensteuer für seine Frau bezahlen, das hätte aber das Oberverwaltungsgericht für unzulässig erklärt.

Das Presbyterium wies den Einspruch zurück, da die Eheleute K. in fortgesetzter Gütergemeinschaft lebten und die Frau somit zur Zahlung der Hälfte der von dem Einkommen des Ehemannes zu entrichtenden Kirchensteuer verpflichtet ist. Eine weitere Beschwerde der Frau K. an das Konsistorium in Münster wurde vom Regierungspräsidenten in Minden mit folgender Begründung zurückgewiesen:

Nach § 5 des Kirchengesetzes vom 26. Mai 1905, betreffend die Erhebung von Kirchensteuern in den Kirchengemeinden und Parochialverbänden der evangelischen Landeskirche der ältern Provinzen der Monarchie, ist der evangelische Teil einer gemischten Ehe von der Hälfte des der kirchlichen Besteurung zugrunde liegenden Steuersatzes, zu welchem der Ehemann veranlagt ist, zur Kirchensteuer heranzuziehen. Eine Mischehe im Sinne des Kirchensteuergesetzes ist aber nicht bloß eine konfessionell gemischte Ehe, sondern auch eine religiös gemischte Ehe, mithin auch die Ehe einer Evangelischen mit einem rechtsgültig aus der Landeskirche Ausgetretenen. Die Veranlagung zur Kirchensteuer ist hiernach zu Recht erfolgt.

Die Frau beschritt nun den weitern Rechtsweg an das Oberverwaltungsgericht und berief sich darauf, daß der § 5 des Kirchengesetzes vom 26. Mai 1905 doch nur dahin ausgelegt werden könne, daß unter gemischten Ehen doch nur solche Ehen zu verstehen sind, wo die Eheleute zwei verschiedenen Religionsgemeinschaften angehören, ihr Mann gehöre aber keiner Religionsgemeinschaft an, mithin kann von einer konfessionell gemischten Ehe keine Rede sein, da der Mann konfessionslos ist.

Das Oberverwaltungsgericht wies jedoch die Klage mit folgender Begründung ab:

Wie der Gerichtshof bereits wiederholt ausgeführt hat, bringt der in Bezug genommene § 5 des Kirchensteuergesetzes unzweideutig zum Ausdruck, daß dieses Gesetz als eine gemischte Ehe eine solche ansieht, in der der eine Gatte evangelisch im Sinne der voraufgegangenen §§ 2 bis 4, der andre aber nicht evangelisch in diesem Sinne ist. An dieser Auffassung war festzuhalten. Es ist daher ohne rechtliche Bedeutung, ob der nicht evangelische Teil einer andern Religionspartei angehört oder aus der evangelischen Landeskirche ausgetreten ist. Der angefochtene Bescheid des Regierungspräsidenten beruht mithin nicht auf einem Rechtsirrtum, wenn er sich ebenfalls auf den Boden dieser Auffassung gestellt hat. Danach war die Heranziehung der Klägerin als des evangelischen Teils ihrer Ehe zur evangelischen Kirchensteuer gesetzlich begründet. Die Bezugnahme der Klägerin auf die erwähnte Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts vom 14. Mai 1912 ist verfehlt, weil gerade die dort mißbilligte Heranziehung des nicht evangelischen Ehemannes zu der von seiner evangelischen Ehefrau zu entrichtenden Kirchensteuer hier nicht vorliegt, vielmehr die Heranziehungsverfügung zutreffend sich gegen die evangelische Ehefrau selbst gerichtet hat. Dabei ist es für die Frage der Kirchensteuerpflicht nach der angezogenen gesetzlichen Bestimmung ohne Belang, ob die veranlagte Ehefrau ein eignes Einkommen hat. Ueber die Höhe der geforderten Steuer besteht kein Streit. Auch bei selbständiger Prüfung läßt sich weder ein Mangel im Verfahren noch auch ein Rechtsirrtum in der Entscheidung des Regierungspräsidenten erkennen.

Nach dieser Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts kann den Frauen, deren Männer aus der Landeskirche ausgetreten sind, nur geraten werden, ebenfalls aus der Landeskirche auszutreten, wenn sie Kirchensteuern nicht zahlen wollen. —

— **Geschäftsbericht des Gewerbegerichts zu Magdeburg.** 1912 wurden zusammen 720 Klagen gegen 745 im Vorjahr anhängig gemacht. Die weitaus meisten davon, 650, richteten sich von Arbeitnehmern gegen Arbeitgeber. Die Erledigung erfolgte in weniger als einer Woche bei 318 Klagen, in weniger als zwei Wochen bei 268 Klagen, nur bei neun Klagen brauchte man weniger als drei Monate. Der niedrigste Streitgegenstand betrug 85 Pf., der höchste 600 Mark. Vor vollbesetztem Gericht fanden im Berichtsjahr 49 Sitzungen statt. Ohne Beisitzer wurden sieben Sitzungen abgehalten. Die 720 Klagen verteilen sich nach den Gegenständen: 1. Auf Ansprüche der Arbeiter gegen Arbeitgeber, wegen Zahlung rückständigen Lohnes 363 und Zahlung einer Entschädigung wegen Nichtinnehaltung der Kündigungsfrist 277. Das Einigungsamt des Gewerbegerichts ist im abgelaufenen Berichtsjahr nicht angerufen worden. —

— **Aufhöhung des Vorlandes vor dem Neustädter Hafen.** Für die hochwasserfreie Aufhöhung des Vorlandes vor dem städtischen Hafen hatte sich die Stadtverordneten-Versammlung, gelegentlich des Erwerbs eines Teils des Großen Werders grundsätzlich einverstanden erklärt. Zu dem gedachten Zwecke hat der Verwaltungsausschuß für die neuen Anleihen insgesamt 325 000 Mark bereitgestellt. Obwohl das ganze Projekt noch einer eingehenden Nachprüfung bedarf, hält es der Magistrat doch sachlich für geboten, die inzwischen begonnene Aufhöhung durch Anfuhr von Müll, Asche und Bauschutt fortzusetzen. Für diese Arbeiten wie für die erforderliche Verlegung der Gleise und die notwendigsten Pflasterarbeiten wird zunächst ein Kostenbetrag bis zu 150 000 Mark angefordert. Die Stadtverordneten werden um Bewilligung ersucht. —

— **Stadtverordneter Schäfer gestorben.** Am Montag vormittag ist der in weiteren Kreisen bekannte Ackermeister und Stadtverordnete Gustav Schäfer nach nur kurzer Krankheit verstorben. Der Verblichene war Vertreter für die zweite Abteilung in der Neustadt. Sein Mandat in der Stadtverordneten-Versammlung lief noch bis zum Jahre 1918. —

- **Deichkronen als Promenadenwege.** Von der stillschweigenden Erlaubnis, die Deichkronen als Promenadenwege zu benutzen, wird vom Magdeburger Publikum willkommen und gern ein ausgiebiger Gebrauch gemacht. Jetzt hat aber der Deichverband den Magistrat darauf hingewiesen, daß sich besonders auf den Strecken Friedrichstadt—Cracau und Cracau—Prester ein sehr starker Verkehr entwickelt habe, wodurch eine gewisse Abnutzung des Deiches hervorgerufen werde, und daß es demnach der Billigkeit entspräche, wenn die Stadt für die Benutzung der freigegebenen Deichstrecken ein entsprechendes Entgelt leiste. Als angemessene Entschädigung schlägt er die Summe von 150 Mark jährlich oder die Lieferung einer entsprechenden Menge von Kies an fünf verschiedenen von ihm bezeichneten Stellen vor. Unter dieser Voraussetzung will er das Betreten der Deichkrone zunächst mindestens bis zum 31. März 1914 für den Fußgängerverkehr weiter gestatten. Der Magistrat hält die Ansprüche des Deichverbandes für durchaus gerechtfertigt und ist gewillt, vorbehaltlich der Zustimmung der Stadtverordneten-Versammlung, jährlich so viel Kies zu liefern als erforderlich ist. —

— **Vom Kaufmannsgericht zu Magdeburg.** Im Monat Mai wurden insgesamt 34 Klagen erhoben, erledigt wurden davon 27. Von diesen hatten einen Streitwert bis 20 Mark 4 Klagen, über 20 bis 50 Mark 3, über 50 bis 100 Mark 9, über 100 bis 300 Mark 6 und über 300 Mark 5 Klagen. Erledigt wurden durch Versäumnisurteil 5 Klagen, durch Vergleich 13, durch Zurücknahme 7 und auf andre Art 2 Klagen. Die Zahl der Beweisbeschlüsse betrug 4. —

— **Arbeiterjugend.** Die Altstädter treffen sich Dienstag, abends 8 Uhr, an der Zitadelle zu einer Spieltour nach der Seilerwiese. Bei ungünstiger Witterung Zusammenkunft Georgenplatz 10. —

— **Erhöhung von Kurkosten.** Nach dem Durchschnitt der drei letzten Rechnungsjahre sind im Haushaltplan der Polizeiverwaltung für 1912 an Kurkosten für polizeilich beaufsichtigte geschlechtskranke Frauen 10 920 Mark eingestellt worden. Da die wirkliche Ausgabe jedoch 14 753,55 Mark beträgt, liegt eine Ueberschreitung von 3833,55 Mark vor. Wie der Magistrat in einer Vorlage an die Stadtverordneten mitteilt, ist die Ueberschreitung dadurch veranlaßt, daß die Kosten der Krankenbehandlung durch zahlreiche Salvarsanbehandlungen erheblich gestiegen sind. Außerdem sind im Jahre 1912 die Erkrankungen schwererer Art und von längerer Dauer gewesen als in den frühern Jahren, so daß trotz geringerer Zahl der Erkrankungsfälle (40 weniger als im Jahre 1911) die Ausgaben des Vorjahres überschritten sind. Die Stadtverordneten werden um nachträgliche Bewilligung der fraglichen Summe ersucht. —

— **Die Folgen verschluckter Fruchtkerne.** Das Verschlucken von Fruchtkernen, auch kleinerer, kann sehr gefahrbringend sein. Bei längerm Verweilen ist ein Fremdkörper nie gefahrlos, er verbindet sich mit Kalksalzen und kann infolge seiner Größe und Form Geschwüre und nicht selten tödliche Darmverschlingung erzeugen. Haben die verschluckten Fruchtkerne auch noch nicht bald nach ihrer Aufnahme Beschwerden verursacht, so darf dies doch nicht über die Gefahr hinwegtäuschen, die sie ständig im Körper bereiten, weil sie durch langes Liegen chronische Entzündungen und Geschwürbildungen mit daraus entstehenden Narben hervorrufen und dadurch selbst zur Ursache der Verengerung des Darmkanals werden und noch nach Jahren alle möglichen Erkrankungen veranlassen können. Sitzt der Obstkern in der Speiseröhre, so ist das Hinunterstoßen in den Magen nicht ungefährlich, denn auch im Magen kann er zu allerlei Gefahren Veranlassung geben. Finden sich Obstkerne im Magen, so ist die schonendste Behandlung, sie durch Magenspülung zu entfernen. Will man spitze Kerne, z. B. die der Pflaumen, unschädlich machen, so gibt man, wie man es bei andern spitzen Fremdkörpern zu tun pflegt, Kartoffel-, Reis- oder Grießbrei, Sauerkraut oder Brot mit viel Butter, Mittel, die ihn einhüllen, um so die Darmwand vor ihm zu schützen. Allerdings ist die Gefahr in diesem Jahre geringer, denn die Preise für Obst sind schon jetzt fast unerschwinglich und sie werden sicher noch mehr steigen, wenn die herrschende Trockenheit noch länger anhält. —

— **Wegen Diebstahls** hat das Landgericht Magdeburg am 20. Februar d. J. den Arbeiter Willi Schrader und den Arbeiter Wilhelm Falk zu 4 bzw. 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Den Angeklagten waren insgesamt drei gemeinschaftlich begangene Diebstähle zur Last gelegt worden. Gegen das Urteil hatte nur der Angeklagte Schrader Revision eingelegt, die indessen jetzt vom Reichsgericht als unbegründet verworfen wurde. —

× **Gestohlen** wurden hier: am 21. d. M. aus einer unverschlossenen Wohnung in der Grünearmstraße eine silberne Damen-Remontoiruhr mit gelbem Zifferblatt, drei Hemden und 50 Mark bares Geld (Täter ist ein angeblicher Maler Kurt Förster, der kurze Zeit bei dem Bestohlenen wohnte); am 22. d. M., vormittags, aus der Laube eines Vorgartens in der Lennéstraße ein Puppenwagen mit zwei Charakterpuppen; in der Zeit vom 22. bis 23. d. M. aus einem offenen Kellerraum im Neuen Weg ein Fahrrad, Marke und Nummer unbekannt, mit schwarzem Rahmen, schwarzen Felgen und gerader Lenkstange; am 23. d. M. zwischen 7 und 8 Uhr vormittags aus einer unverschlossenen Bodenkammer, aus verschlossenem Kleiderschrank ein braunes Klapportemonnaie mit Inhalt und eine Doublee-Uhrkette. —

× **In Haft genommen** ist der Händler Otto St. aus Brünn, der von einer auswärtigen Justizbehörde wegen Diebstahls steckbrieflich verfolgt wird. —

× **Diebstahl.** In letzter Zeit waren im Neubau des Polizeidienstgebäudes aus den fertiggestellten Blitzableiteranlagen wiederholt größere Teile des 8 Millimeter starken Leitungsdrahtes herausgeschnitten und gestohlen worden. Als Täter wurde gestern der Dachdeckerlehrling Willi M. aus Benneckenbeck und der Arbeiter Paul Sch. aus Klein-Ottersleben ermittelt. Das gestohlene Gut hatten sie an einen Händler in Sudenburg verkauft. —

— **Unfall.** Die Ehefrau Marie Müller, Stettiner Straße 10 wohnhaft, rutschte am Dienstag vormittag auf ihrem Hofe aus und renkte sich dabei das linke Knie aus. Die Verletzte fand Aufnahme im Kahlenbergstift. —

— **Versuchter Selbstmord.** Am 20. d. M. gegen 8¾ Uhr nachmittags wurde der Bäckergeselle Fritz K. von hier auf einer Bank am Agnetenplatz mit einer Kopfverletzung angetroffen und, da er über Schmerzen klagte, durch einen Schutzmann der Krankenanstalt Altstadt zugeführt. Dem Beamten hatte er erklärt, er sei von einem Unbekannten in die linke Schläfe geschossen worden, was jedoch bezweifelt wurde. Die alsbald angestellten Ermittlungen haben nun ergeben, daß K. in selbstmörderischer Absicht sich selbst den Schuß beigebracht hat. Den Revolver hat er, nachdem der Schuß die beabsichtigte Wirkung nicht herbeigeführt, in das in der Nähe der Bank befindliche Gebüsch geworfen, wo er später gefunden wurde. —

— **Schneller Tod.** Am Dienstag vormittag wurde der Kriminalschutzmann Martin Tödter, wohnhaft Pionierstraße 8, auf der Treppe zu seiner Wohnung vom Herzschlag ereilt. Der Tod trat auf der Stelle ein. —

— **Schuppenbrand.** Auf dem Grundstück Bergstraße 10 geriet am Dienstag nachmittag gegen 1½ Uhr ein Schuppen in Brand. Die Gefahr wurde vom Löschzug Sudenburg schnell beseitigt. —

— **Stubenbrand.** Am Dienstag früh 2½ Uhr rückte Löschzug Buckau nach Wanzleber Straße 14. In einer Parterrewohnung brannte in einer Stube ein Sofa mit darauf liegender frischer Wäsche. Die Gefahr wurde schnell beseitigt. Entstehungsursache ist nicht ermittelt. —

Letzte Nachrichten.

Das große Loch im Säckel.

SPb. Berlin, 24. Juni. (Eigner Drahtbericht der „Volksstimme".) Die Budgetkommission des Reichstags nahm heute nach lebhafter Debatte den fortschrittlich-nationalliberalen Antrag gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, der Wirtschaftl. Vereinigung und zweier Zentrümler an, nach dem die Wertzuwachssteuer vom Jahre 1911 für das Reich und die Bundesstaaten beseitigt wird, den Gemeinden aber noch erhalten bleibt, solange die zuständigen Bundesregierungen keinen Einspruch erheben. Ein weiterer liberaler Antrag, den Zuschlag zum Reichsstempel auf Grundstücksverkehr bis zum 31. März 1915 voll, von da an bis zum 31. März 1917 zur Hälfte zu erheben, wurde abgelehnt. Der Staatssekretär Kühn gab darauf folgende Erklärung ab: Die Beschlüsse der Budgetkommission haben in den Steuerplan der Regierung zur Deckung der laufenden Ausgaben für die Wehrvorlage ein derartiges Loch gerissen, daß die Regierung nicht mehr in der Lage ist, an dieser Gestaltung mitzuarbeiten. Das ohnedies schon vorhandene Defizit von 35 Millionen würde nach den Kommissionsbeschlüssen auf 75 Millionen anwachsen. (Zurufe: Reichstag auflösen!) —

Pc. Berlin, 24. Juni. In einer stark besuchten Versammlung des Schutzverbandes der deutschen Schriftsteller wurde nach Ansprachen der Reichstagsabgeordneten Dr. Ablaß, Wolfgang Heine sowie der Schriftsteller Dr. Eloesser und Hans Kyser folgende Resolution angenommen: „Tausende deutscher Männer und Frauen, die auf den Ruf des Schutzverbandes deutscher Schriftsteller sich in der „Philharmonie" versammelt haben, legen Zeugnis ab gegen die Unterdrückung des Hauptmannschen Festspiels als eine Vergewaltigung freier edler Geistesarbeit und eine Befleckung der nationalen Ehre, unwürdig der Freiheitskriege. Sie geloben, dem Dichter im Kampfe gegen Ueberhebung und Knechtsinn zur Seite zu stehen." —

Hd. Osnabrück, 24. Juni. (Eigner Drahtbericht der „Volksstimme".) Die Zahl der erkrankten Mannschaften im 78. Inf.-Regt. ist auf über 300 gestiegen. Jetzt sind auch Mannschaften des 2. Bataillons erkrankt, die andre Nahrung zu sich genommen hatten. Eine Fleischvergiftung liegt nicht vor. Die Kaserne ist abgesperrt. Lebensgefahr besteht bei den Erkrankten nicht. —

Wb. Trier, 24. Juni. Oberleutnant v. Detten vom Infanterie-Regiment Nr. 161 in Trier, der gestern in Thorn zu einem Fluge über Köln nach Metz aufgestiegen war, mußte gestern abend in der Eifel bei Hillesheim landen. Hierbei überschlug sich sein Apparat und ging in Trümmer; der Flieger blieb unverletzt. —

Hd. Kolmar i. P., 24. Juni. (Eigner Drahtbericht der „Volksstimme".) Im benachbarten Jankendorf wurde der Hof des Landwirts Richter durch Brandstiftung eingeäschert. Den 13jährigen Sohn Richters fand man später als Leiche im Brunnen vor. Man nimmt an, daß der Brandstifter der Jungen ertränkt hat. —

Wb. Ohligs, 24. Juni. Der Fabrikarbeiter Hampel ermordete in der vergangenen Nacht seine Frau und seinen zwölfjährigen Sohn, indem er ihnen mit einem Rasiermesser die Kehle durchschnitt. Dann durchschnitt er sich selbst die Pulsadern an beiden Armen und die Kehle und stürzte sich aus dem Fenster seiner im zweiten Stocke gelegenen Wohnung. —

Wb. Konstantinopel, 24. Juni. Der Sultan bestätigte die über zwölf Mörder Schewkets gefällten Todesurteile; auch Damad-Salih-Pascha wird hingerichtet. —

Wb. Cherbourg, 24. Juni. Der Unglücksfall, der sich bei der Ankunft Poincarés ereignete, ist schwer. Beim Salutschießen wurden auf dem Fort Roule zwei Artilleristen getötet, vier andre befinden sich in hoffnungslosem Zustand, weitere vier sind weniger schwer verletzt. Eine Leiche ist entsetzlich zerstückelt, ein am Knie abgerissenes Bein wurde aus dem Fort hinausgeschleudert. Das Geschütz blieb unversehrt. Ein Artillerieleutnant, welcher die Abteilung auf dem Fort Roule befehligte, räumte ein, daß Kartuschen, welche für die folgenden Schüsse bereitlagen, unvorsichtigerweise in Gegensatz zu der Vorschrift hinter und in die Nähe der Stücke gelegt wurden, welche feuerten. Eine fehlerhafte Zündröhre eines abgefeuerten Schusses wurde nach hinten geschleudert, fiel auf die Reservekartuschen und setzte sie in Flammen, worauf mitten in der Gruppe von Artilleristen die entsetzliche Explosion herbeigeführt wurde. Der Leutnant, der leichte Brandwunden erlitt, wurde in Haft genommen. Eine strenge Untersuchung ist eingeleitet worden. Von den bei der Pulverexplosion verwundeten Soldaten befinden sich vier in Lebensgefahr. Trotz des Unglücksfalls fand ein Nachtfest statt. Sämtliche Schiffe der Kriegs- und Handelsflotte waren illuminiert. (Siehe Kleine Chronik.) —

Hd. Paris, 24. Juni. Ein aus Lyon kommender vollbesetzter Tramwayzug fuhr in vollem Tempo an einer vorgeschriebenen Haltestelle vorbei und stieß mit heftiger Gewalt mit einem entgegenkommenden, zum Glück leeren Tramwayzug zusammen. Eine große Anzahl von Personen erlitt Verletzungen. Elf Personen mußten als Schwerverwundete sofort in das Hospital gebracht werden. Der schuldige Führer, der selbst verletzt wurde, ergriff die Flucht und konnte bisher nicht ergriffen werden. —

Wb. Belgrad, 24. Juni. Der russische Gesandte v. Hartwig überreichte der serbischen Regierung die nachdrückliche Forderung der russischen Regierung, dem Schiedsspruch ohne Vorbehalt und bedingungslos zuzustimmen. Im Laufe der Beratungen des Ministerrats trat Ministerpräsident Paschitsch für die Annahme dieser Forderung ein, weil die Ablehnung des Schiedsspruchs einen Krieg mit Bulgarien unvermeidlich machen würde. Einige Minister wiesen indessen darauf hin, daß die Annahme der Forderung mit der Aufgabe des serbischen Standpunktes gleichbedeutend sei. Kriegsminister General Bogdanowitsch verwies auf die Stimmung im Heere, das unter keinen Umständen die blutig eroberten Gebiete preisgeben werde. Er lehnte jede Verantwortung für die Folgen ab, die eine Nichtbeachtung dieser Stimmung nach sich ziehen könnte und reichte sein Rücktrittsgesuch ein, ebenso der Justizminister Politschewitsch und der Volkswirtschaftsminister Kostustojanowitsch. Der auf diese Weise herbeigeführte grundsätzliche Gegensatz innerhalb des Kabinetts veranlaßte den Ministerpräsidenten Paschitsch, dem König den Rücktritt der Gesamtregierung zu unterbreiten.

Pc. London, 24. Juni. Einen tragischen Tod hat gestern der englische Aviatiker Fairbairns gefunden, der bei Shoeburyneß mit seinem Aeroplan ins Meer stürzte. Fairbairns war auf einem von ihm selbst konstruierten Militäraeroplan um 7 Uhr abends von dem Artillerieschießplatz aufgestiegen und befand sich gegen 8 Uhr in einer Höhe von 200 Metern über dem Meeresspiegel. Plötzlich kippte der Apparat vorn über und stürzte ins Wasser. Es gelang dem unglücklichen Aviatiker nicht, sich aus dem Sitze zu befreien, da der Führersitz des Aeroplans geschlossen war. Er ertrank, bevor die schnell herbeigeeilten Rettungsmannschaften ihn erreichen konnten.

*** Petersburg, 24. Juni. Der Flieger Brindejonc ist gestern abend 7 Uhr 40 Minuten auf dem Kommandantenflugplatz aufgestiegen. Er überflog die Mündung der Newa in Höhe von 1000 Meter und folgte dann der Baltischen Eisenbahn. Brindejonc landete um 8 Uhr 15 Minuten auf dem Flugplatz Gatschina, wo ihm zu Ehren die Militärflieger ein Bankett gaben. Brindejonc wird in der Nacht nach Reval fliegen, und beabsichtigt, am 25. Juni über das Baltische Meer nach Stockholm zu fliegen. —**

Wb. Mexiko, 24. Juni. Die Rebellen haben die Stadt Durango eingenommen. Ueber das Schicksal der Garnison ist nichts bekannt. —

Pc. Neuyork, 24. Juni. Ein schwerer Unglücksfall hat sich an den Niagarafällen zugetragen. Zwei Kinder im Alter von 9 und 10 Jahren hatten ein gegen 100 Meter vor Beginn der Fälle verankertes Boot bestiegen. Plötzlich rissen die Ketten, mit denen das Boot befestigt war, und das Fahrzeug schoß mit rasender Schnelligkeit auf die Fälle zu. Zahlreiche Spaziergänger sahen vom Ufer aus hilflos dem furchtbaren Schauspiel zu. Innerhalb weniger Minuten hatte das Boot den Rand des Abgrundes erreicht und war im Nu von dem tobenden Wasser verschlungen. Trotz aller Anstrengungen konnte weder eine Spur des Fahrzeuges noch von den Kindern entdeckt werden. —

Pc. Neuyork, 24. Juni. Ein hartnäckiger Selbstmörder hat in Pineville auf eine verbrecherische Weise seinem Leben ein Ende bereitet. Ein 17jähriger junger Mann hatte aus Liebeskummer Gift genommen. Als seine Angehörigen einen Arzt herbeiholten, um ihn zu retten, stürzte er auf die Straße und feuerte auf jeden mit einem Revolver, der sich ihm nähern wollte, um ihm Hilfe zu bringen. Mehrere Personen wurden schwer verletzt. Als er schließlich besinnungslos zusammenbrach, konnte ihn ärztliche Hilfe nicht mehr retten. —

Wettervorhersage.

Mittwoch, 24. Juni: Wolkig, etwas kühler, Regenschauer. —

Sunlicht Seife

ist in hervorragender Weise geeignet, die ekelhaften Fettansätze und übeln Gerüche an Teller, Schüssel, Topf und Pfanne wie auf ein Zauberwort zu entfernen und lässt das Geschirr alsbald in appetitlicher Sauberkeit erglänzen. Man bereite sich hiezu Seifenlauge.

Sie bilden sich ein

neue Wäsche zu sehen, wenn Sie sie mit Persil gewaschen haben, so blendend weiss, frisch und duftig ist sie danach geworden. Einfachste Anwendung, billig im Gebrauch und absolut unschädlich

unter Garantie!

Überall erhältlich, nie lose, nur in Original-Paketen.

Persil
das selbsttätige
Waschmittel
Der grosse Erfolg!

HENKEL & Co., DÜSSELDORF. Auch Fabrikanten der allbeliebten **Henkel's Bleich-Soda.**

Schulkinder

haben zuweilen Kopf-Ungeziefer. Haarclement wirkt radikal. Entfernt die lästigen Schuppen. Befördert vortrefflich den Haarwuchs
a Flasche 50 Pf.

A. Bethke Nchf., Breiteweg 253
W. Dorn, Kaiser-Wilhelm-Platz 3
Kurt Fiedler, Pionierstraße 2
Paul Frick, Johannisberg 16
Ernst Gerber, Königstraße 64
O. Grünerwald, Neustädter Straße 25 b
Gustav Hubert, Jakobstraße 16
Max Lindner, Lüneburger Str. 40
H. Lorenz, Alter Markt 28
Theodor Vogel, Kaiser-Wilhelm-Platz 11
Buckau:
Alb. Thiemecke, Grusonstr. 6
Sudenburg:
H. Starkloff, HalberstädterStr. 113
G. Schubert, HalberstädterStr. 107
Paul Plottkow, Leipziger Str. 1
Otto Müller, Wolfenbüttler Str. 20
Wilhelmstadt:
Willy Hannemann, Olvenstedter Straße 62
F. W. Seitz, Olvenstedter Str. 47
Neustadt:
P. Albrecht, Lübecker Str. 17
Friedr. Paul, Lübecker Str. 101
Walter Rentzsch, Rogätzer St. 80
Friedrichstadt:
H. Schinkel Nchf., Heumarkt
Fermersleben-Salbke:
Ewald Ludwig K 4

Lange & Münzer

51 Breiteweg 51

TRAUER-HÜTE

Trauerkleider
Trauerkostüme :
Trauerblusen :
Handschuhe :
Trauerschleier :

in allen Preislagen und grösster Auswahl ::

Anfertigung von Trauerkleidern
innerhalb 24 Stunden

Kohlen-Einkaufs-Vereinigung

Wir empfehlen nach amtlichem Gewicht 2446

la. böhm. Brüxer Stückkohlen
la. erstkl. Braunkohlen-Briketts } zu **79** Pfg. pro Zentner frei Keller
la. böhm. Stückkohlen zu 70 Pf. p. Ztr. fr. Keller

Bestellungen nehmen entgegen die Herren: **Zerbe**, Neustädter Str. 32; **Wahrenburg**, Bismarckstr. 34; **Weber**, Kaiserstr. 58; **Willing**, Schuhbrücke 25; **Bremer**, Morgenstr. 69; **Kellner**, Neuhaldensleber Str. 47; **Firme**, Weinberg 34; **Buchlow**, Lutherstr. 24; **Möller**, Dodendorfer Str. 2; **Brehmer**, Halberstädter Str. 126; **Klotzky**, Lemsdorfer Weg 21; **Meiling**, Leipziger Straße 2; **Dziebel**, Gärtnerstraße 1; **Menger**, Vorsitzender, Annastraße 22.

Altes Gold und Silber kauft Goldarbeiterwerkstatt 1400 **Göthert**, Schmiedehofstr. 5/6, H. p. Alle Reparaturen gut und billig.

Herren- und Damenrad großart. leicht. Lauf, spottb. z. verk. Goldschmiedebrücke 5, v. 1 Tr. Göke.

Herrenrad neu, für 45 Mk. z. verk. **Alte Neustadt,** Große Weinhofst. 5/6, part.

Vauther-Herrenrad, neu, billig zu verk. **Jakobstraße 49,** im Laden bei Quatz. 1635

Achtung! Phonographenbesitzer. Achtung!

Platten, erstklassige Fabrikate, **Homokord, Beka-Grand-Rekord**, neuste Schlager. Beim Kauf von 6 Platten gebe ich eine Platte gleichen Fabrikats **gratis. Sprechapparate** besonders billig. Auch bietet sich **allergünstigste Gelegenheit** in **Salonuhren, Herren- und Damen-Uhren, Ketten, Kolliers, Armbändern, Broschen und Nadeln.** 2602

Paul Kummer, Versandgeschäft, Gneisenaustr. 1.
eamten u. sonstigen reellen Leuten auch Teilzahlung gestattet.

Geschäfts-Aufgabe

Breiteweg 129
gegenüber der Katharinen-Kirche

Wegen vollständiger Aufgabe des Geschäfts verkaufe sämtliche Artikel zu äußerst billigen Preisen.

2700 **Schuhhaus Myrrhe.**

Buckau. Geschäfts-Uebernahme. Buckau.

Den Lesern der „Volksstimme" hierdurch die gefällige Mitteilung, daß ich das im Hause **Martinstraße 9** gelegene

Barbiergeschäft

von Herrn **Robert Westphal** übernommen habe. Um Ihre Unterstützung bittend, empfehle ich mich Ihnen, saubere Bedienung zusichernd.

1639 **Hermann Hinze, Barbier.**

Wer streichen will,

kauft die dazugehörigen
Lacke, Farben, Pinsel usw.
am billigsten und besten bei
Erwin Prange,
Erstes Magdeburger Lack- und Farben-Spezialgeschäft
Berliner Str. 29. Fernspr. 4132.
Lieferung frei Haus.

Fachmännischer Rat u. Aufklärung werden jederzeit 2573 gern gegeben.

Möbel auf Kredit

kaufen Brautleute sowie andre Möbelkäufer streng reell und gut in meinem nachweisbar weitaus größten Kreditshaus ersten Ranges am Platze

Für nur 10 Mark Anzahlung
1 Bettstelle, 1 Matratze, 1 Keilkissen
1 Kleiderschrank, 1 Tisch, 2 Stühle
Wöchentliche Rate 1 Mark

Für nur 15 Mark Anzahlung
1 Bettstelle, 1 Matratze, 1 Tisch, 1 Kleiderschrank, 4 Stühle, 1 Spiegel, 1 Küchenschrank, 1 Küchentisch, 2 Küchenstühle

Für nur 25 Mark Anzahlung
2 Bettstellen, 2 Matratzen, 1 Kleiderschrank, 1 Sofa, 1 Tisch, 4 Stühle, 1 Spiegel, 1 Pfeilerschrank, 1 Küchenschrank, 1 Küchentisch, 2 Küchenstühle 2539

Moderne Anzüge
für Herren, Burschen u. Knaben
1- und 2reihig, gutes Sitz
Anzahlung 3, 5, 7, 10 und 12 Mk.

Elegante Kostüme, Paletots und Röcke
nur moderne Farben
Anzahlung 3, 4, 6, 8 und 10 Mark
Kleiderstoffe, Teppiche, Gardinen, Betten
Schuhwaren, Kinderwagen, Klappwagen
Wöchentliche Rate von 1 Mark an:

S. Osswald

Waren-Kredit-Geschäft
Magdeburg, Alte Ulrichstr. 14
Kredit auch nach außerhalb!

Zur Erinnerung an das 50jährige Bestehen der deutschen Sozialdemokratie.
Größe des Bildes inkl. Papierrand: 38 cm breit, 49 cm hoch.
Feinster sechsfarbiger Kunstdruck.
Preis 60 Pfg. Preis 60 Pfg.
Buchhandlung Volksstimme, Gr. Münzstr. 3.

Gebrauchte Möbel
jeder Art spottbillig zu verkaufen
Möbel-Börse
Knochenhauerufer 74/75, pt.

Einen hervorragenden Ruf
haben sich meine
Wurstwaren
durch ihre **vorzügliche Qualität**
erworben.
Empfehle dieselben zu den bekannt günstigen Preisen. 2608
Um gütige Unterstützung bittet
M. Ullner
Regierungstr. 7/9, gegenüber der Steinstr.

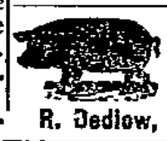
Kaufe junge u. alte
Kanarienhähne
gute u. gewöhnliche Sänger, und junge u. alte **Weibchen.**
Zahle wie bekannt höchste Preise.
Jos. Tischler, Annastr. 25.

Reparaturen
an **Nähmaschinen** und **Fahrrädern** werden sachgemäß und unter Garantie ausgeführt bei
R. Osterroth, Mechaniker
Lüneburger Straße 21. 2613

Mod. Jackettanzüge bill. **Grimmig,** Junkerplatz.

Herren- und Damen-Fahrräder
mit und ohne Freilauf, verkauft spottbillig **Max Eckstein,** Königshofstr. 5, Ecke Lödischehofst.

Spezialheh. Weber
Himmelreichstr. 3, am Bahnh., frischer und veralteter Fälle
Geschlechtsleiden
Geschwülste, Harn-, Haut-, Nerv-, Rheumatismus-, innere Leiden. 9-12 u. 2-4, abds. 7-9; Sonnt. 9-1.



Mittwoch 2569
Frische Wurst
A. Weber Nachf.
R. Dedlow, Schöneckstr. 9.

Zwei Herrenräder m. u. o. Freil. bill. z. verk. Kl. Junkerstr. 4, pt. l.

2 gebr. Bettstellen m. Matr. bill. z. verk. Ebendorfer Str. 18, Hof pt.

M 124 **Gebisse**
ganze u. zerbrochene, werden nur dies. Mittwoch u. Donnerstag im Hotel **Kaiserhof,** 1. St., Zimmer 1, von fachm. Hand zu höchst. Preis. **gekauft.** Zahle pro Zahn b. 1 Mk.

Wurstwaren eig. Schlachtung empfiehlt **R. Höflich,** Gr. Mühlenstr. 13

1301 **Neue, gute**
Dachpappe
pro Rolle Mk. 2.15
Aug. Stahl, Schöneeckstraße 10.

Kaufe Pfandscheine. Zahle für jede Mark Darlehen 25 Pf. **Max Eckstein,** Königshofstr. 5.

Papier und Tüten
in allen Sorten kauft man billigst bei **Ewald Noack, Magdeburg,** Tauentzienstr. 8. Fernspr. 1824

Hochmoderne Anzüge
a St. 12 Mk., zum Aussuchen, verkauft
Max Eckstein
Königshofstr. 5,
Ecke Lödischehofstraße.

2572 Wir offerieren stets frisch:
Riebels
Spitzkugeln

Sanitäts-Honigkuchen, dick. Mandelthorner, Kräutermoppen, Nürnberger Plätzel, Prima Pariser Pflastersteine, Ypsilanti, Schokoladen-Ypsilanti, Aachener Printen, Griechische Nüsse mit und ohne Mandeln, ff. Makronen.

Honigkuchen- und Zuckerwaren-Fabrik
Detail: Schwibbogen 7, Telephon 5517.
Fabrik und Kontor: Große Diesdorfer Straße 249, Telephon 1214.

Riebel & Lindner.

Beilage zur Volksstimme.

Nr. 146. Magdeburg, Mittwoch den 25. Juni 1913. 24. Jahrgang.

Aus der Gewerkschaftsbewegung.

Die Lage in der Binnenschiffahrt nach dem Streike.

Der große Kampf in der Binnenschiffahrt hat zur Folge gehabt, daß ein vertragsloser Zustand eingetreten ist. Dies liegt sicher nicht im Interesse der Parteien; die Arbeitnehmer wissen sich allerdings mit diesem Zustand abzufinden, denn Tarifvertrag unter all n Umständen ist nicht ihr Bestreben. Jedoch die Arbeitgeber müssen an einem festen Vertragsverhältnis ein großes Interesse haben, und dies ist bei der Lohnbewegung auch sehr oft betont worden. Nun besaß der Arbeitgeberverband für Binnenschiffahrt nach dem 5. Mai nicht mehr die Kraft, ein Vertragsverhältnis nach seinen Wünschen zu erzwingen. Er mußte sich mit den Tatsachen abfinden, daß die Mannschaften die Arbeit wieder aufnahmen, ohne daß der Deutsche Transportarbeiterverband an Mitgliedern geschwächt war und auch keine finanziellen Ursachen die Beendigung des Kampfes zur Notwendigkeit machten. Diese beiden Tatsachen bilden nur Ursachen zu Befürchtungen im Lager der Arbeitgeber; sie erwarten, und wahrscheinlich mit Recht, neue Angriffe. Diesem soll nun unter allen Umständen vorgebeugt werden.

Verschiedene Großschiffahrtsgesellschaften arbeiten mit allen Mitteln, um die Gründung gelber Organisationen zu erreichen. Personen aus der Verwaltung sind wochenlang in Barkassen von Fahrzeug zu Fahrzeug gefahren und haben die Mannschaft ersucht, aus der Organisation auszutreten. Dies wurde den Mannschaften zu lästig und sie beschlossen, an die Direktion eine Karte zu richten, in welcher sie erklärten, daß sie Mitglieder des Deutschen Transportarbeiterverbandes seien und nicht gewillt wären, einer andern Vereinigung beizutreten.

Man ist dann dazu übergegangen, Streikbrecher aus Schiffsführerkreisen zu beurlauben zwecks Agitation für die gelbe Organisation. Man hat schon Statuten fertigstellen lassen und alle möglichen Maßnahmen getroffen. Die Schiffsmannschaften lassen sich aber nicht beirren, trotzdem einzelne Firmen es an Schikanen und Maßreglungen nicht fehlen lassen. Jetzt haben Firmen den Mannschaften eine Erklärung zur Unterschrift vorgelegt, nach welcher sie sich verpflichten sollen, bis zum 1. Dezember in dem Dienste der Gesellschaften zu bleiben. Auch dieser Versuch ist gescheitert, was wiederum neue Maßreglungen zur Folge hatte.

Die Unternehmer haben ihren Mannschaften ja eine indirekte Lohnerhöhung gewährt, sie sollen, wenn sie das Jahr über im Dienste bleiben, pro Monat 5 Mark nachbezahlt erhalten, die allerdings nicht einklagbar sind. Es wurde nun den Mannschaften erklärt: Wer nicht unterschreibt, bekommt die 5 Mark nicht; aber auch hierauf haben die Mannschaften verzichtet. Die Unternehmer kennen die Schiffsmannschaften zuwenig, sonst würden sie solche Versuche nicht anstellen, die Schiffsmannschaften sind in der Mehrzahl unverheiratet, alte Bootsleute gibt es wegen der mörderischen Arbeitszeit nicht, und diese jungen Mannschaften sind widerstandsfähig.

Gegenwärtig ist die Lage so, daß ein Ueberangebot von Arbeitskräften vorhanden ist, aber diese Zeit ändert sich. Es kommen alljährlich Zeiten, wo Mangel an Mannschaften vorhanden ist. Vor diesen Zeiten bangt den Unternehmern und deshalb ihre Versuche, die Mannschaften in Fesseln zu legen.

Man geht nicht fehl mit der Annahme, daß neue Kämpfe in der Binnenschiffahrt sehr leicht möglich sind, und namentlich die Elbreeder werden hier einen schweren Stand haben, denn daß die Kaufmannschaft sich erneut solidarisch erklären wird, kann kaum angenommen werden, denn die Unternehmer der Elbe hätten ja einen Vertrag abschließen können, Meinungsverschiedenheiten bestanden ja nicht mehr. Die Führer des Arbeitgeberverbandes werden ihre Taktik sicher noch tief bereuen.

Es beginnt auch in den Kreisen der Arbeitgeber zu kriseln. Bekanntlich hatten die Großreeder die Mittel- und Kleinunternehmer zu veranlassen gewußt, sich gegen die Forderungen der Mannschaften zu erklären. Jetzt geht diesen Leuten allmählich ein Licht auf und sie haben beschlossen, aus dem Arbeitgeberverband auszutreten. In allen Stationen liegen Listen aus, die wie folgt lauten:

> Hierdurch kündigen wir unsre Mitgliedschaft zum 31. Dezember 1913 auf, und bitten um gefällige Bestätigung des rechtzeitigen Eingangs unter Annahme der Kündigung.

Dieser Massenaustritt aus dem Arbeitgeberverband hat seine Ursachen und wird auch seine Wirkung bei späteren Aktionen der Schiffsmannschaften nicht verfehlen. Die Unternehmer in der Binnenschiffahrt fördern in ihrem blinden Arbeiterhaß nur neue Katastrophen. Die Mannschaften sind unruhig und es bedarf nur eines Anstoßes, um neue Komplikationen hervorzurufen. Daß die Unternehmer dabei nicht gut fahren würden, ist klar. Denn in einem Verkehrsgewerbe kann man nicht auf Vorrat arbeiten, man muß den Verkehrsbedürfnissen Rechnung tragen. Den Mannschaften wird man es nicht verdenken können, daß sie in der Zeit, wo die Nachfrage nach Mannschaften größer ist als das Angebot, ihren Wünschen größeren Nachdruck verleihen werden.

Bei einem Teile der Unternehmer macht sich das Bestreben bemerkbar, Verträge abzuschließen; man fürchtet anscheinend noch die Scharfmacher im Arbeitgeberverband, doch wird die Mitgliederflucht diese Gruppe stärken. Es wäre ja möglich, ein Vertragsverhältnis zu schaffen, wenn auf Unternehmerseite der aufrichtige Wille vorhanden wäre. Ob dies der Fall ist oder nicht, dürfte sich in nicht allzu ferner Zeit offenbaren. Demnach ist nicht ausgeschlossen, daß es noch in der diesjährigen Schiffahrtsperiode zu neuen Kämpfen kommt. —

Zwölfter Verbandstag der Buchbinder.

k. r. Stuttgart, 20. Juni.

(Fünfter Verhandlungstag. Abendsitzung.)

Beschlossen wurde, daß die Abrechnungen der Verbandskasse in Zukunft nicht mehr in der „Buchbinderzeitung", sondern auf Extrabeilagen, die zum Sammeln bestimmt sind, veröffentlicht werden. — Ein Antrag Berlin, der die Veranstaltung einer Enquete über die Unfallgefahren in der Papierverarbeitungsindustrie verlangt, wurde dem Vorstand zur Berücksichtigung überwiesen.

Die Gründung eines graphischen Industrieverbandes wird in mehreren Anträgen gewünscht; der Verbandsvorstand solle sich mit den andern graphischen Verbänden deswegen in Verbindung setzen. Weinläder (Nürnberg) befürwortete die Bestrebungen, die die Verbände einander näher bringen. Herzog (Berlin) ersuchte dagegen, sich nicht fortgesetzt den andern Verbänden aufzudrängen. Verbandsvorsitzender Kloth verwies darauf, daß die Konzentration im graphischen Gewerbe immer mehr auf eine Verschmelzung hinarbeite. Er bittet aber, die Anträge abzulehnen, da bei den übrigen Verbänden noch nicht allzuviel Liebe für eine Verschmelzung vorhanden sei. Der Verbandstag beschloß demgemäß.

Die Zustimmung des Verbandstags fand eine Vorlage des Vorstandes über die Einführung einer allgemeinen Versicherung der Funktionäre gegen Unfälle bei der Tätigkeit für die Organisation. Es wird Krankenunterstützung, Invalidenunterstützung, Sterbegeld und Witwenunterstützung gewährt.

Der Punkt Gewerkschaften, Genossenschaften und Volksfürsorge wurde von der Tagesordnung abgesetzt und lediglich die vom Referenten Michaelis hierzu vorgelegte Resolution einstimmig angenommen.

*

Am sechsten Verhandlungstag unterbreitete die Elferkommission ihre Vorschläge über die Unterstützungen, die als Ganzes angenommen wurden. Die bisherigen Sätze der Arbeitslosen- und der Krankenunterstützung bleiben im wesentlichen bestehen. Nur die erste und die neueingeschobene zweite Klasse bilden eine Veränderung. In der ersten Klasse beträgt die Arbeitslosenunterstützung pro Tag 50 Pfg. bis zu 15 Mark Höchstbetrag insgesamt, die Krankenunterstützung 30 Pfg. (Höchstsumme 12 Mark). In der zweiten Beitragsklasse beträgt die Arbeitslosenunterstützung nach einjähriger Mitgliedschaft 75 Pfg. (Höchstbetrag 22,50 Mark), nach dreijähriger Mitgliedschaft 1 Mark (Höchstbetrag 30 Mark) und die Krankenunterstützung 40 Pfg. (Höchstbetrag 16 Mark). Während der Dauer von Krankheit oder Arbeitslosigkeit dürfen Beiträge nicht geleistet werden. Die Streik- und Gemaßregeltenunterstützung wurde geändert. Sie beträgt nun je nach der Beitragsklasse, der Dauer der Mitgliedschaft und ob das Mitglied einen eignen Hausstand hat, 4 bis 16 Mark wöchentlich. Außerdem wird für jedes Kind unter 14 Jahren 20 Pfg. pro Tag gewährt. Mitglieder mit weniger als 26 Wochenbeiträgen können ¾ der Sätze erhalten. Im Falle der Maßreglung von Vertrauensmännern kann die Unterstützung auf 12 Wochen verlängert werden.

Die Bestimmungen für die Umzugsunterstützung werden dahin ergänzt, daß, wenn Mann und Frau Mitglied des Verbandes sind und beide zusammen umziehen, auch der Frau eine Unterstützung bewilligt werden kann. Die Ortsanteile aus den Verbandsbeiträgen werden wie folgt festgesetzt: für Orte ohne Angestellte in der ersten Beitragsklasse pro Beitrag 2 Pfg., zweite Klasse ebenfalls 2 Pfg., dritte Klasse 3 Pfg., vierte Klasse 5 Pfg. und fünfte Klasse 7 Pfg. Für Orte mit Angestellten beträgt der Anteil in der ersten Klasse 1 Pfg., zweite Klasse 1½ Pfg., dritte Klasse 2½ Pfg., vierte Klasse 4 Pfg. und 5. Klasse 6 Pfg.

Eine Neureglung (Erhöhung) der Gehalte der Angestellten lehnte der Verbandstag mit 48 gegen 24 Stimmen bei 19 Enthaltungen ab. Der Verbandstag wählte dann eine Kommission von 11 Mitgliedern, die in Gemeinschaft mit dem Verbandsvorstand vor dem nächsten Verbandstag die zum Statut eingehenden Anträge beraten soll.

Der Verbandsvorstand bleibt in Berlin. Die besoldeten Verbandsbeamten werden wiedergewählt. Ausschußvorsitzender bleibt Bergmann (Leipzig). Der nächste Verbandstag findet 1916 in Düsseldorf statt. —

Generalversammlung des Verbandes der Buchdrucker.

k. r. Danzig, 21. Juni.

Die heutige Sitzung beginnt mit der Besprechung des Verhältnisses zur Generalkommission und zu den gegenseitigen Verbänden, jedoch ist der größte Teil dieser Materien bereits in der geschlossenen Sitzung verhandelt. Döblin weist unter anderm darauf hin, daß man sich in Anbetracht des provokatorischen Verhaltens der Unternehmer in Gewerkschaftskreisen mit dem Gedanken vertraut zu machen suche, eine gemeinsame Widerstandskasse zu gründen. Redner persönlich ist Gegner einer solchen Kasse und legt dar, daß er es für richtiger hält, wenn bei großen Kämpfen und Aussperrungen jede Organisation nach ihrem prozentualen Verhältnis zahlt. Da indes der nächste Gewerkschaftskongreß hierüber entscheide, so bittet Redner, die zu wählenden Delegierten in dem von ihm vorgezeichneten Wege zu beauftragen. Die Generalversammlung erklärt sich damit einverstanden. Das Verhältnis des Verbandes zum Internationalen Buchdruckersekretariat bezeichnet Döblin im allgemeinen als gut, doch lasse sich nicht leugnen, daß mit Oesterreich und der Schweiz mehrfach Differenzen vorgekommen sind und noch vorkommen über die Behandlung und Handhabung des Arbeitsnachweises.

Reimüller und Dworacek (Wien) treten dem entgegen, indem sie die österreichischen Verbandseinrichtungen verteidigen und fordern, daß die deutschen Kollegen sich dem unterwerfen. Eine Ausnahme in der Behandlung deutscher und österreichischer Kollegen werde nicht gemacht. Die Debatte spinnt sich indes weiter aus, da nunmehr die Schilderung von Einzelvorkommnissen Platz greift und die deutschen Kollegen ihre Beschwerden aufrechterhalten. Schließlich erklärt Döblin: Wenn der Apparat der gegenseitigen Verständigung ein so schwerer sei, dann nütze der Gegenseitigkeitsvertrag überhaupt nichts. Tatsache sei, daß den deutschen Kollegen bei Uebernahme einer Stellung in Oesterreich fortwährend Schwierigkeiten von der Organisation in Oesterreich gemacht würden. Es müsse deshalb versucht werden, einen Weg zu finden, der diese Schwierigkeiten aufhebe. Damit wird dieser Punkt der Tagesordnung verlassen.

Eine Anzahl Anträge verlangt die obligatorische Einführung des „Korrespondent". Der Verbandstag lehnt indes das Obligatorium ab, weil die Kosten zu hohe werden würden. Auch ein Antrag, der eine Frauenbeilage mit literarisch-gewerkschaftlichem Inhalt fordert, wird abgelehnt. Die Redaktion des Fachorgans erfährt eine ziemlich scharfe Bekämpfung durch Steinhardt (Hamburg). Er bemängelt, daß die Schreibweise eine zu langatmige und unklare sei, kritisiert die ausführlichen Berichte über Festivitäten und fordert eine Einschränkung der Polemiken gegen die gelb-schwarzen Gutenbergbündler. Redakteur Krahl betont, daß sich die Redaktion dem Kollegen Steinhardt gegenüber in einer schlimmen Position befinde, da Steinhardt es nicht fertig bringe, in seinen Berichten objektiv zu bleiben. Der Vorwurf, daß den Gutenbergbündlern zuviel Aufmerksamkeit geschenkt werde, treffe völlig daneben, denn in den beiden letzten Jahren seien sie kaum noch im „Korrespondent" erwähnt. Einverstanden ist die Redaktion vollständig mit der Kritik Steinhardts an den Festberichten. Aber daran sei die Redaktion unschuldig. Redner benutzt diese Gelegenheit, um einen Appell an die Funktionäre des Verbandes zu richten, doch dahin zu wirken, daß die örtlichen Schriftführer die „Korrespondent"-Redaktion mit Festberichten möglichst verschonen. Andre Redner erkennen die prinzipielle Haltung des „Korrespondent" als auch sein taktisches Verhalten in schwierigen Situationen rückhaltlos an. Die drei Redakteure werden per Akklamation mit allen gegen eine Stimme (Steinhardt) wiedergewählt.

Döblin referiert noch über einige Anträge. Zum Ausbau der Typographischen Mitteilungen werden für die beiden folgenden Jahre je 3000 Mark bewilligt. Ein Antrag der Diätenkommission, in Anbetracht der teuern Wohnungs- und Lebensmittelpreise in Danzig, an Diäten pro Tag 13 Mark zu gewähren, wurde einstimmig gutgeheißen.

Die Aufnahme einer Ueberstundenstatistik wird von mehreren Seiten mit dem Hinweis auf das Ueberhandnehmen der Ueberstundenarbeit beschlossen.

Ein Antrag des Bezirks Frankfurt a. M., die Schriftschneider als eine besondere Sparte anzuerkennen, wird abgelehnt. Die vier Vorstandsmitglieder werden per Akklamation einstimmig wiedergewählt. Auf Vorschlag Döblins beschließt der Verbandstag weiter, für die Angestellten des Verbandes durch die Gauvorsteher einen den Grundsätzen des Vereins Arbeiterpresse entsprechenden Vertrag ausarbeiten zu lassen, und ferner, daß dem Verbandskassierer Eifler eine Hilfskraft zur Seite gestellt werden soll. Als Tagungsort des nächsten Verbandstags wird Leipzig bestimmt. —

*

k. r. Danzig, 22. Juni.

Der Schlußtagung lagen noch zwei wichtige Punkte zur Erledigung vor: die der Beschwerden und die Entgegennahme des Berichts der Kommission zur Bearbeitung der Anträge des gesamten Unterstützungswesens. Die erstere Materie, rein persönlicher Natur, nahm die Gesamtdauer der Vormittagsitzung in Anspruch, so daß für den wichtigsten Punkt der Tagesordnung, die Erledigung der Anträge zum Unterstützungswesen, nur noch die Nachmittagsitzung übrigblieb. Der Kommissionsberichterstatter Fuhs (Mannheim) trat dafür ein, daß der Verbandstag die Vorschläge der Kommission ohne Debatte annehmen solle. Die Kommission habe im Rahmen der bestehenden Beiträge eine Umarbeitung der Unterstützungseinrichtungen in dem Sinne vorgenommen, daß ein gerechterer Austausch zwischen Leistung und Gegenleistung gegeben sei, wobei man bis an die Grenze des Möglichen gegangen sei. Die Kommission habe aber auch auf dem prinzipiellen Standpunkt gestanden, daß jede weitere Erhöhung der Unterstützungen ausgeschlossen bleiben und der Ausbau innerhalb der Organisation mehr dem gewerkschaftlichen Charakter Rechnung tragen müsse. „Wir wollen gute Gewerkschaftler und nicht bloße Kassenmenschen sein", bemerkte der Berichterstatter. Es wird sowohl für den Bezug des Krankengeldes wie für die Reiseunterstützung eine 10wöchige Beitragsleistung in Vorschlag gebracht. Bisher bestand für den Bezug der Reiseunterstützung eine 6wöchige Karenzzeit und für den Bezug des Krankengeldes eine solche von 13 Wochen. Aus denselben Gründen schlägt die Kommission eine 26wöchige Karenz sowohl für die Ausgesteuerten wie für die Wiedereintretenden und für die wieder arbeitsfähig werdenden Invaliden vor. Für die Ortsunterstützung hat sich die Kommission den Vorschlägen des Verbandsvorstandes angeschlossen und empfiehlt folgende Sätze:

Bei 75 Beitragsleistungen	1,25 Mk.	bis zu 10 Wochen	= 70 Tage
Bei 150 Beitragsleistungen	1,75 Mk.	bis zu 20 Wochen	= 140 Tage
Bei 500 Beitragsleistungen	1,75 Mk.	bis zu 30 Wochen	= 210 Tage
Bei 750 Beitragsleistungen	1,75 Mk.	bis zu 40 Wochen	= 280 Tage
Bei 1000 Beitragsleistungen	2,00 Mk.	bis zu 40 Wochen	= 280 Tage

Der Gauzuschuß von 50 Pfg. täglich bleibt für die Gegenseitigkeit maßgebend. Ortszuschüsse irgendwelcher Art bedürfen der Genehmigung des Verbandsvorstandes. Die Reiseunterstützung von 1 Mark pro Tag soll nach mindestens 75 Beitragswochen auf 1,50 Mark erhöht und für 175 Tage gezahlt werden, und nach einer Beitragsleistung von 250 Wochen in der alten Höhe von 280 Tagen bestehen bleiben. Die Gemaßregeltenunterstützung wird von 2 Mark auf 2,50 Mark hinaufgesetzt, und für den Bezug der Invalidenunterstützung wird die Karenzzeit auf 450 Wochen Beitragszeit bzw. auf 700 Beitragswochen verlängert. Die Invalidenunterstützung, die 1 Mark beträgt, soll für die ältern Verbandskollegen mit einer Beitragsleistung von 750 bzw. 1000 Wochen über die Karenz hinaus, 1,25 bzw. 1,50 Mark betragen.

Die Generalversammlung nimmt unter lebhaften Beifallsbezeigungen die Vorschläge debattelos an. Die neuen Unterstützungseinrichtungen treten mit dem 1. Januar 1914 in Kraft.

Zur Stellung des Verbandes zur „Volksfürsorge" erklärt Döblin, daß er in der Aussprache mit den Vorsitzenden der übrigen Verbände und der Verwaltung des Unternehmens wie auch in der Aussprache mit der Generalkommission bindende Versprechungen für die Organisation nicht übernommen habe. Es stehe daher den Mitgliedern frei, für ihre Person irgendwelche Funktionen für die „Volksfürsorge" zu übernehmen oder nicht. Für selbstverständlich halte er es, daß die Kollegen dort für die „Volksfürsorge" Propaganda machten, wo sich ihnen entsprechende Gelegenheit dazu biete. Dann wird der Verbandstag geschlossen.

Der Wahlkampf in Salzwedel-Gardelegen.

Gardelegen. Die Agrarier fahren die größten Kanonen auf. Nachdem der Oberjunker von Heydebrand am Sonntag in Salzwedel für beide Agrarierkandidaten gesprochen hat, soll am nächsten Sonntag wieder ein ganz Großer kommen, der aber anscheinend nur für Schulz (Ritze) reden wird. Der Bundesdirektor Hahn wird am Sonntag kommen, zwar nicht in eine Versammlung, sondern zu einem Bundes- und Wahlfest. Mit Schneddereengdeng, Tichingbum und Hahnengeschrei wird die Wahlkampfkomödie vom Bunde der Landwirte auf die gebührende Höhe gehoben. —

Salzwedel. Herr von Heydebrand, der oberste aller preußischen Junker, hielt am Sonntag hier eine Versammlung ab. Er wollte weder für seinen Standesgenossen Jordan von Kröcher noch für den schlichten Mann vom Pfluge Herrn Schulz aus Ritze besonders eintreten. Sie sind dem Junkerköng alle beide lieb, wenn sie nur unentwegt agrarisch bleiben. Die beiden „feindlichen Brüder" waren auch in der Versammlung erschienen, stellten sich hinter ihren großen Führer und schauten sehr friedfertig drein. Heydebrand stürzte sich nicht allzusehr in Unkosten. Er gab eine Auswahl patriotischer Phrasen, gab dem Bauernbund hernach einige Nasenstüber und verteidigte ziemlich matt die Wirtschaftspolitik der Konservativen. Wenn die einmal versagen sollten, dann käme schon der Bund der Landwirte und treibe sie wieder an. Folglich wären die Konservativen die zuverlässigsten Leute für alle Agrarier. Hauptpunkt der Tagesordnung war — die Sozialdemokratie. Heydebrand warf dem Bauernbund und den ihm nahestehenden Liberalen Unzuverlässigkeit im Kampfe gegen die Sozialdemokratie vor, Dr. Böhme, der Bauernbündler, sagte den Konservativen nach, sie wären noch viel unsicherere Kantonisten, Jordan von Kröcher wurde darüber mächtig ergrimmt und stellte fest, daß die Schlappheit der Bauernbündler und Liberalen im Kampfe weltbekannt und gleichsam gerichtsnotorisch wäre. So kam bei der Sache eigentlich nichts weiter heraus als ein allgemeines Graulichmachen vor der Sozialdemokratie. Die 110 im Reichstag liegen den Herren schwer im Magen. Wenn sie nicht den roten Lappen schwingen würden, um politische Kinder kopfscheu zu machen, hätten sie auch nichts, worüber sie streiten könnten. In Wirklichkeit trennt die Herren so wenig. Sie können sich in wirtschaftspolitischen Fragen die Hände reichen und unterscheiden sich in andern Dingen fast gar nicht. Sie angeln nur nach Wählern, Dr. Böhme ein wenig mehr nach links als Kröcher und Schulz, das ist der einzige Unterschied. Ein Kampf um politische Ziele ist das nicht, sondern nur einer um die stolze Errungenschaft eines Reichstagsstuhls. Die Arbeiter haben das lebhafteste Interesse daran, daß den Herren am Tage der Wahl deutlich gesagt wird, daß die Arbeiterschaft in Salzwedel-Gardelegen in ihrer Mehrzahl ihre politische Interessenvertretung in der Sozialdemokratie sieht. —

Weferlingen. Sozialdemokratischer Verein. Am Sonnabend hielt der Sozialdemokratische Verein eine Versammlung ab. Für den verzogenen Schriftführer Genossen Müller wurde der Genosse P. Glondajewski gewählt. Ueber die Reichstagsersatzwahl wurde lebhaft diskutiert. Die Flugblattverbreitung übernahmen mehrere Genossen. Auch für Sonntag den 29. Juni werden die Mitglieder

aufgefordert, sich an der Flugblattverbreitung auf den umliegenden Ortschaften rege zu beteiligen. Es wurde ferner beschlossen, Zahlkarten anzuschaffen und die Mitgliedsbücher zwecks Kontrolle einzuziehen. —

— Oeffentliche Versammlung. Am Sonnabend den 28. d. M. findet eine öffentliche Reichstagswählerversammlung statt, wozu die Wähler aller Parteien eingeladen sind. —

Provinz und Umgegend.

Niederndodeleben, 24. Juni. (Eine Sitzung der Gemeinde-Vertretung) findet heute, Dienstag, statt. Auf der Tagesordnung steht u. a.: Rechnungslegung der Gemeindekasse. Rechnungslegung der Schulkasse für 1912. Vollmachterteilung in der Realablösungssache von Niederndodeleben (Grundzinsen). Fortbildungsschule. —

Olvenstedt, 24. Juni. (Die Ortskrankenkasse) ist als solche genehmigt worden. Sie bleibt bestehen, muß sich aber nun dem neuen Versicherungsgesetz anpassen. Sie hielt zu diesem Zweck eine Generalversammlung ab, um den neuen Statutenentwurf zu beraten. Die wichtigsten Bestimmungen sind folgende: Der durchschnittliche Tagelohn fällt weg, statt dessen wird ein Grundlohn eingeführt. Die Mitglieder werden in acht Beitragsklassen eingeteilt. Die erste Klasse mit einem Grundlohn von 5,00, die zweite mit 4,50, die dritte mit 3,50, die vierte mit 2,50 bis in der achten Klasse zu 1,00 Mark Grundlohn täglich. Nach diesem Grundlohn richten sich dann die Beiträge. Generalversammlungen finden nicht mehr statt. Ein nach dem Proporz gewählter Ausschuß von neun Personen, sechs Arbeitnehmer und drei Arbeitgeber, erledigt mit dem Vorstande die laufenden Geschäfte. Die Tagungen sind nicht öffentlich, nur zweimal im Jahre ist es den Versicherten gestattet, diesen Tagungen als Zuhörer beizuwohnen, einmal wenn Rechnung abgelegt werden soll, das andre Mal, wenn Wahlen stattfinden. Die Wahl des Ausschusses gilt für vier Jahre. Die drei Arbeitgeber im Ausschuß haben als Arbeitgeber jeder zwei Grundstimmen, weiter für je zehn Arbeitnehmer eine Stimme mehr. Genosse Ehrlich wies auf die schweren Nachteile hin, die die Versicherten durch diese Zuteilung der Stimmen haben könnten. Es wurde beschlossen: „Dem Arbeitgeber im Ausschuß stehen nur zwei Stimmen zu, gleichviel wieviel Arbeiter er beschäftigt." Die gedruckte Vorlage der Statuten ist vom Kreisausschuß ausgearbeitet worden, darin steht, natürlich auch gedruckt, ein Passus, daß die Familienversicherung für alle der Versicherungspflicht nicht unterliegenden Familienmitglieder eingeführt werden kann. Dieser gedruckte Passus ist vom Landratsamt gestrichen worden. Warum? Wer weiß das. Doch sei dem, wie ihm wolle, die Generalversammlung hat den Passus über die Familienversicherung wieder aufgenommen und beschlossen, bei der vorgesetzten Behörde den Antrag zu stellen, die Familienversicherung zuzulassen. Es wird sich auch bei den vorgesehenen Beiträgen leicht bewerkstelligen lassen.

Aschersleben, 24. Juni. (Als eine „Musterkrankenkasse" im Jahre 2000) dürfte die Innungs-Krankenkasse der Schmiede anzusehen sein. Hiernach beträgt das Krankengeld nach 3tägiger Karenzzeit für die erste Klasse 90 Pf., zweite Klasse 75 Pf. und dritte Klasse 50 Pf. pro Tag. Die Beiträge betragen trotzdem in der ersten Klasse 43 Pf., zweiten Klasse 36 Pf., dritten Klasse 24 Pf. Es ist nicht zu verstehen, wie bei der Gesamtzahl der hier beschäftigten Gehilfen und Lehrlinge eine Kasse fortbestehen darf bei derartigen Leistungen. Geschieht es, daß ein Mitglied erkrankt, ohne daß der Arzt Krankenhausbehandlung für bedingt erachtet, so muß der Kranke die ganze erste Woche der Krankheit mit 2,70 Mark sein Dasein fristen. Die Innungskasse steht unter Aufsicht des Magistrats. Einsprüche müssen in dieser Beziehung noch nicht erfolgt sein, denn sonst könnte dieser Zustand nicht fortbestehen. —

— (Der Konsumverein) hielt am Sonntag eine gut besuchte Generalversammlung ab. In den Aufsichtsrat wurden der Eisendreher Max Kluge und der Bergarbeiter Otto Loth wiedergewählt. Der Bericht über die von Herrn Verbandssekretär Pflug vorgenommene Revision wurde zur Verlesung gebracht. Die Generalversammlung gab ferner ihre Zustimmung, daß in Pr.-Börnecke bei genügender Beteiligung eine Warenabgabestelle errichtet werden kann. Die Grenze, bis zu welcher die Verwaltung Darlehen und Spareinlagen aufnehmen kann, wird von der Versammlung auf 200000 Mark festgesetzt. Eine rege Diskussion rief der Antrag eines Mitglieds, in seinem Geschäft Marken des Konsumvereins verabfolgen zu dürfen, hervor. Der Antrag wurde schließlich zurückgezogen. Von verschiedenen Rednern wurde eine größere Auswahl der Geschäfte, die Konsumvereinsmarken verabfolgen, gewünscht. Es sollen wenigstens für Manufakturwaren, Herrenbekleidung und Schuhwaren je zwei Geschäfte Marken des Konsumvereins verabfolgen. Wünsche betreffs der Fleischversorgung sowie der Preise in einigen Artikeln versprach die Verwaltung zu berücksichtigen. Der Geschäftsführer teilte noch mit, daß Bestellungen auf Briketts in den Verkaufsstellen entgegengenommen werden. Der Rechnungsführer für die „Volksfürsorge", Vorstandsmitglied Großmann, machte noch bekannt, daß das Material für die „Volksfürsorge" in den nächsten Tagen zur Ausgabe gelangt, und ersucht um rege Mitarbeit. —

Burg, 24. Juni. (Zwei Aeußerungen aus dem Bäckerinnungslager.) Wenn die Gegner der modernen Arbeiterbewegung unter sich sind, dann hört die Heuchelei auf und sie sind dann auch imstande, einmal die Wahrheit zu sagen. Die Bäckermeister und ihre gelben Trabanten sprengen, wo sie nur immer Gelegenheit haben, das Gerücht aus, die Innung wollte auf alle Fälle Frieden haben, nur die „Roten" wären trotz des Tarifs die Friedensstörer gewesen. Nach dem Bericht der gelben Bäckerzeitung sagte auf dem Bundestag der Gelben in Halberstadt der hiesige bei der Witwe Mewes in der Schartauer Straße beschäftigte Obergelbe Dieskau unter anderm: „Dank dem festen Zusammenstehen der Brüderschaft ist der Tarif des Gegners gesprengt" usw. Jetzt erfährt die Oeffentlichkeit die Wahrheit darüber, von wem der gegenwärtige Kampf heraufbeschworen worden ist: von den Gelben, Arm in Arm mit der Innung. Auch der Obermeister Ducho hat auf dem Innungsverbandstag in Mühlhausen i. Th. etwas gesagt, was die bisherigen Behauptungen der hiesigen Innung vollständig widerlegt. Die Innungsleitung sagte bisher immer, es wird in keinem Betrieb länger gearbeitet, als die gesetzlichen Vorschriften gestatten, im übrigen sei ja die Kontrolle der Polizei da. Dazu sagte nach dem Bericht der offiziellen Innungszeitung Herr Ducho auf dem Innungsverbandstag: „Die strebsamen Bäcker sind auch gleichzeitig Konditoren; da arbeiten sie oft länger als 12 Stunden. In kleinern Orten geht es, weil dort die Polizei nicht so streng vorgeht." Aus diesen Aeußerungen ersieht man, wie man alle von jener Seite ausgesprengten Gerüchte zu bewerten hat. —

— (Kartellsitzung.) Entschuldigt fehlen je ein Delegierter der Maler, Schneider, Holz- und Tabakarbeiter, unentschuldigt je ein Delegierter der Gemeindearbeiter, Zimmerer und Barbiere. Genosse Zwing berichtete zunächst über die Verhandlungen der Kartellkonferenz in Sangerhausen. Eine Debatte fand nicht statt. Ueber die Ergebnisse der Lohnbewegung der Brauereiarbeiter macht Genosse Broß Mitteilung. Eine längere Debatte zeitigte der Kampf im Bäckereigewerbe. Vom Vorsitzenden muß leider festgestellt werden, daß es noch eine Anzahl Partei- und Gewerkschaftsgenossen fertigbringen, bei boykottierten Bäckermeistern ihren Bedarf zu decken. Genosse Mache (Magdeburg) behandelte ausführlich den Gang der Bewegung. Mit denjenigen, die gegen die Solidarität verstoßen, müsse ein ernstes Wort gesprochen werden. Genosse Anders gab die bis jetzt festgestellten Namen bekannt, die gegen die oberste Pflicht eines organisierten Arbeiters verstoßen haben. An der Debatte beteiligten sich eine Anzahl Delegierte. Genosse Zwing teilte mit, daß dem Obermeister Ducho jedes Mittel recht ist, den Sieg auf die Seite der Innung zu bringen. Es kommt ihm gar nicht darauf an, Innungsbeschlüsse zu ignorieren. Genosse Mache forderte in seinem Schlußwort auf, alle Kraft einzusetzen, damit die Ehre der organisierten Arbeiterschaft Burgs gewahrt bleibe. Nachdem wurde noch über das Gewerkschaftsfest debattiert. Für das Fest findet am 7. Juli eine außerordentliche Sitzung im „Hohenzollernpark" statt. Dann wurden noch mehrere geschäftliche Angelegenheiten erledigt. —

— (Zum Gewerkschaftsfest.) Kinder, welche mit Erlaubnis der Eltern an einem zum Gewerkschaftsfest am 13. Juli aufzuführenden Kinderreigen teilnehmen möchten, werden gebeten, sich am Donnerstag nachmittag um 5 Uhr im „Hohenzollernpark" einzufinden.

— (Eine Stadtverordneten-Sitzung) findet am Donnerstag nachmittag statt. Es steht der Bericht des Schularztes Dr. Glaser und auch die Verlängerung des Vertrags mit dem Uhrmacher Teike betreffs der Regulierung der Oberuhr zur Tagesordnung.

— (Unglücksfall.) Beim Bretterabladen stürzte am Montag der Arbeiter Ulbricht vom Wagen. Jedenfalls ist er beim Rückwärtstreten zu weit gegangen und ist rücklings auf die Deichsel und das Pflaster aufgeschlagen. Der an Kopf und Brust Verletzte ist mittels Wagens nach Hause gefahren worden. —

Kolbitz, 24. Juni. (Unser Gewerkschaftsfest,) das am Sonntag im „Jakobsheim", vom herrlichsten Wetter begünstigt, stattfand, wies einen unerwartet starken Besuch auf. Annähernd 400 Personen waren erschienen. Das Fest hat einen großartigen Verlauf genommen. Anders war es mit dem Landwehr- und Kriegerfest. Hier waren kaum 100 Personen versammelt, darunter freilich noch ein kleiner Teil Arbeiter. Die Arbeiterschaft hatte die Erlaubnis zu einem öffentlichen Umzug bekommen. Der Umzug sollte um 12 Uhr beginnen. Als sich die Sache etwas verzögerte und erst ½1 Uhr abmarschiert werden sollte, wurde die Genehmigung im letzten Augenblick zurückgezogen. Der Amtsvorsteher fürchtete, daß es zu einem schlimmen Zusammenstoß mit den Kriegern kommen könnte. Die Angst war überflüssig. Das Gewerkschaftsfest wird jedem Teilnehmer in guter Erinnerung bleiben. —

Löderburg, 24. Juni. (Volksverein.) Die Parteiversammlung konnte am Sonntag nicht stattfinden, sie wird darum am Mittwoch den 25. d. M., abends 8½ Uhr, bei Wegener abgehalten. Da die Delegiertenwahl zur Generalversammlung erfolgt, ist es Pflicht aller Mitglieder, zu erscheinen. Auch die Gewerkschaftsvorstände und -funktionäre werden ersucht, vollzählig zu kommen. —

Quedlinburg, 24. Juni. (Die städtische Arbeitsnachweisstelle) hat in ihrem 18. Geschäftsjahr 3512 Stellen besetzt. Arbeitgeber nahmen die Arbeitsnachweisstelle 1824 mal mit 5679 Stellen in Anspruch, während 4578 Arbeitsuchende vorhanden waren. Unter den Stellensuchenden waren 2452 gelernte und 2126 ungelernte Arbeiter. Am stärksten war die Nachfrage nach Arbeit im Oktober mit 524, November 427 und August mit 417. Gegen das Vorjahr haben sich die Arbeitsuchenden um 1003 vermindert. 722 waren über 40 Jahre alt. Seit dem Bestehen der Arbeitsnachweisstelle sind 47839 Stellen vermittelt worden. Im Asyl, welches Arbeitsuchenden so lange Unterkunft gibt, bis sie eine geeignete Unterkunft gefunden haben, haben 273 Personen mit 7982 Nachtquartieren Unterkunft gefunden, durchschnittlich für jeden 29 Tage. Für Nachtlager wurden 15 Pfg. und für Mittagessen 20 Pfg. gezahlt. Die Wanderarbeitsstätte wurde von 2836 Personen in Anspruch genommen, von denen 1175 in Arbeit gebracht wurden. —

Stendal, 24. Juni. (Schlechte Aussichten.) Stendals Bauarbeiter werden von der Ungunst im Gewerbe schwer getroffen, so daß sogar 50- bis 60jährige Berufsangehörige bis Osterburg und Wittenberge nach Arbeit gehen müssen. Daß dieses auch für manches andre Gewerbe flaue Geschäftslage bedingt, ist selbstverständlich. In den Festreden, die jetzt in großer Zahl gehalten wurden, merkt man allerdings von der wirtschaftlichen Not nichts. Bürgermeister Gerloff sprach bei der Eröffnungsfeier der vom Bildungsverein eingerichteten Lesehalle von der großen Zeit 1813 und dem Regierungsjubiläum. Vom großen Gebiete der sozialen Fürsorge, auf dem sich Behörden, Gemeinden, Vereine und Privatpersonen zusammenfinden, von mit ernstem Eifer betriebener Jugendpflege der Sport-, Turn- und Wandervereine, der Jungdeutschland-Bewegung usw. (Ueber die Drangsalierung von Arbeitervereinigungen, die es auch redlich mit der Jugend meinen, erwähnte er natürlich nichts. D. B.) Auch die zum Jubelfest eröffnete Lesehalle bilde ein Glied in der Kette volksbildender Bestrebungen. Nachdem kam der Dank an Spender und Unterstützer, dem dann der deutliche Hinweis folgte, „daß die Lesehalle nicht aber etwa der immerhin beschränkten Zahl der Heimlosen in erster Linie diene, da sie sonst als Hauptaufgabe angesehen leicht zur Wärmehalle Obdachloser herabsinken könne". (Hat man vor diesem Furcht, sollte man das Uebel zuvor beseitigen. D. B.) In erster Linie diene sie der ganzen Bürgerschaft, ohne Rücksicht auf soziale Stellung, konfessionelle oder politische Gegensätze. Dementsprechend sei auch eine Auswahl nach einer politischen Richtung nicht getroffen. Zum Schlusse dann noch einmal das Erinnerungsjahr mit dem Wunsche, daß es ein Jahr der geistigen Volksbefreiung werde, wozu auch diese Einrichtung ein bescheidenes Teil beitragen möge. Daß es mit der nicht einseitigen Auswahl der Tageszeitungen, der „Altmärker" schreibt: etwa 40, indem er betont, daß er auch mit dabei sei — doch etwas anders aussieht, als man der Rede nach annehmen könnte, will uns schier bedünken. Ein Urteil über die Wahl der andern Lektüre mag Anderem vorbehalten bleiben. —

— (Ein Zeppelinluftschiff in Stendal.) Unsre Stadt hat nun endlich seinen Zeppelintag gehabt. Pünktlich zur angesagten Zeit, gegen ½8 Uhr, erschien am Sonntag die „Viktoria Luise" über der altmärkischen Hauptstadt, mit Jubel begrüßt von einer zahllosen Menschenmenge, die hinaus zum Exerzierplatz, dem Landungplatz des Luftschiffs, wogte. Nach einer Schleifenfahrt über der Stadt landete die „Viktoria Luise" gegen 8 Uhr auf dem Platze. Das Publikum kehrte sich wenig an die vorgenommene Platzeinteilung, sondern jeder war bestrebt, das Luftschiff aus nächster Nähe besichtigen zu können. Nach etwa halbstündigem Aufenthalt, während welcher Zeit der Passagierwechsel stattfand, erhob sich die „Viktoria Luise" wieder in die Lüfte, beschrieb über der Stadt einige Schleifen und entschwand in östlicher Richtung. —

Städtisches Orchester.

Magdeburg, 23. Juni.

Konzert im Stadttheatergarten. Die Ballettmusik aus Goldmarks Oper „Die Königin von Saba" wird verhältnismäßig selten gespielt. Sie nimmt aber inhaltlich unter den Ballettmusiken eine so vornehme Stellung ein, daß die Konzertleitung hoffentlich zu Wiederholungen geneigt sein wird.

Goldmark wendet die Ballettmusik im dritten [illegible] Akte seiner Oper an, wo die Königin von Saba den König Salomo bittet, ihr Afias zu überlassen, der zu ihr in heißer Liebe entbrannt war.

Die orientalischen Tänze spielten schon zu allen Zeiten eine ganz andre Rolle als bei uns, die wir nun glücklich beim Wackeltanz angelangt sind. Sie hatten meist einen religiösen Zweck, dienten aber auch, abgesehen von privaten Gelegenheiten, [illegible] des Hofes.

An kostbarer Ausstattung des Tanzaktes ließ der morgenländische Fürst nichts fehlen, galt es doch, durch Zahl und Schönheit der Tänzerinnen den Beweis seiner Macht und seines Ansehens zu führen. Goldmark hat diese Idee musikalisch in temperamentvoller und überzeugender Weise gelöst. Er verwendet die [illegible] noch gebräuchlichen arabischen Musikklänge durch eine fast naturgetreue Kopie der uns vielleicht [illegible] oder gar unmusikalisch erscheinenden Instrumente der Araber. Mit Hilfe dieses Kolorits und einer [illegible] rhythmischen Bewegung erzielt er einen Stimmungsgehalt, den nur wenige Komponisten mit einer Ballettmusik erreicht haben.

Mitten in dem Ballett greift in unnachahmlicher, [illegible] gefühlt, doch zugleich zärtlich werbender [illegible] eine [illegible] Flöte, die ein [illegible] Liebeswerben in den [illegible] Farben darstellt. Schließlich klingt das Ballett wie im Anfang aus.

Das Ganze ist eine durch die Künste der Musik und des Tanzes geformte Werbung um ein köstliches Ziel, das von der [illegible] Idee getragen wird. Damit rückt auch für unser Verständnis die Idee und Aufgabe einer solchen Ballettmusik auf höhere Höhen, und wir fühlen deutlich, wie weit wir von der Schönheitsidee des Orientalismus entfernt sind, wenn wir selbst die Sphäre der Tänze des alten Griechenlands nicht [illegible].

Gespielt wurde diese Nummer des Programms unter der sehr [illegible] Leitung des Kapellmeisters Georg Bruno mit guten [illegible] in der Zeichnung des Ganzen mit warmem Gefühl.

Der [illegible] des Programms brachte noch das Vorspiel zum 3. Akt von Wagners „Lohengrin", den ersten Satz aus Schuberts H-Moll-Sinfonie und Webers „Oberon-Ouvertüre".

Gross.

Eine Liebestragödie.

Wegen vorsätzlicher Körperverletzung mit Todeserfolg stand der Fleischergeselle Oskar Igloffstein aus Staßfurt, geboren 1890, am Montag vor dem Schwurgericht in Magdeburg. Igloffstein wird beschuldigt, am 20. Februar zu Staßfurt die Ehefrau Schlottke getötet zu haben.

Der Angeklagte macht nicht den Eindruck eines rohen Menschen, ist klein, fast zart und sieht noch sehr jugendlich aus. Er ist der Sohn eines Fleischermeisters in Ostpreußen und hat bei diesem auch die Fleischerei erlernt. Darauf ging er in die Fremde, zuerst nahm er längere Zeit Arbeit in Berlin und kam dann über Magdeburg nach Staßfurt, wo er, obwohl nicht Roßschlächter, bei einem Roßschlächter in der Bismarckstraße 16 als Geselle eintrat. In demselben Hause wohnte der Fabrikarbeiter Schlottke mit seiner angeblich hübschen 29 Jahre alten Frau und einem 8jährigen Kinde. Mit dieser fing Igloffstein

ein intimes Liebesverhältnis

an, das so innig war, daß der Angeklagte der Frau sogar sein erspartes Geld in Verwahrung gab. Sie besserte ihm auch seine Sachen aus. Dies Verhältnis hinderte ihn aber durchaus nicht, sich in ein junges Mädchen aus Bürgerskreisen zu verlieben und mit ihr ein Liebesverhältnis anzufangen. Obwohl er eifrig danach strebte, seine Geliebte Walli bald heiraten zu können, ging das Verhältnis mit Frau Schlottke immer weiter. Igloffstein beschloß, seine Ersparnisse dazu zu verwenden, um sich in Berlin zum Chauffeur ausbilden zu lassen und sich dadurch eine Heiratsmöglichkeit zu schaffen. Frau Schlottke wußte zwar von dem zweiten Verhältnis, duldete es, war dagegen sehr ungehalten darüber, daß der Angeklagte Staßfurt verlassen wollte. Inzwischen hatte die öffentliche Geliebte von dem heimlichen Verhältnis mit der Frau Schlottke gehört und schrieb am 19. Februar

einen regelrechten Absagebrief

an Igloffstein, der diesen schwer traf. Er versuchte am Abend, als er das junge Mädchen traf, sie wieder zu versöhnen, aber erfolglos. Nun versuchte er seinen Schmerz in Alkohol zu ertränken und zechte bis zum nächsten Morgen 5 Uhr. Nach 1½ Stunden Schlaf wurde er geweckt, schlachtete noch in seinen guten Kleidern ein Pferd und lief dann wieder in der Stadt umher. Nachmittags gegen 3½ Uhr kam er heim, legte Arbeitszeug an und rief dann der Frau Schlottke vom Hofe aus zu, sie solle ihm sein Geld herunterwerfen. Sie tat dies, trotzdem ging Igloffstein noch in ihre Wohnung hinauf, um Abschied zu nehmen, ihr das von Walli zu erzählen und sich seine Kleidungsstücke zu holen. Er traf Frau Schlottkes verheiratete Schwester an, und zwar in der Küche. Er begab sich mit der ersten in die Wohnstube, wo er ihr erklärte, er reise ab. Die Schwester ging bald und auf die nun folgenden Vorgänge ist man lediglich auf die Angaben Igloffsteins angewiesen. Er stellt die Sache so dar: Als sie beide allein in der Wohnung gewesen seien, habe Frau Schlottke ihn zuerst

zärtlich gebeten, doch dazubleiben.

Sie wolle ein Geschäft mit Hausschlachteware anfangen und darin könne er mit tätig sein. Als er fest geblieben sei, hätte sie gedroht, die Walli bekäme er doch nicht, wenn er auch mit ihr breche, sie werde zu deren Vater gehen und dem alles erzählen. Als er auch da noch fest geblieben sei, habe sie sein Taschenmesser, mit dem er sich vorher die Nägel geputzt hatte, ergriffen und hätte ihm einen Stich in die linke Halsseite versetzt. (Tatsächlich hatte J. dort bei seiner Festnahme eine tiefe Wunde.)

Als er sein Blut habe fließen sehen, sei er wütend geworden und hätte geglaubt, er müsse sterben. In seiner Wut habe er die Frau gepackt, auf das Sofa geworfen und hätte dann blindlings auf sie losgestochen. Zuvor hätte sie ihm aber noch die Brust geboten und gerufen: „Stich doch, stich doch!"

Die Frau hatte 26 Messerstiche

in der Brust, am Rücken und andern Körperteilen, von denen mehrere tödlich waren. Allein oder mit Hilfe des Angeklagten schleppte sich die Verletzte noch zur Flurtür, wo sie sterbend mit dem Rufe: „O Gott, mein Junge, mein Junge!" zusammenbrach. Ihr Kind ist ein Knabe und ihm galt wohl ihr letzter Gedanke. Igloffstein holte sich dann ein Brotmesser und brachte sich einige leichtere Verletzungen damit bei. Hierauf warf er sich mit dem Rufe: „Wir wollen zusammen sterben!" über die Sterbende, sprang aber, als er die Hausbewohner kommen hörte, auf, eilte fort, riß von einem Bodenverschlag eine Latte ab und kletterte auf das Dach hinaus, wo er im Hemd herumlief, denn des Beinkleids hatte er sich wohl, um besser klettern zu können, entledigt.

Der Angeklagte ist, wie man sieht, geständig, doch bestreitet er, die Absicht gehabt zu haben, die Frau zu töten. Dem Angeklagten wird das Zeugnis ausgestellt, daß er sonst ein fleißiger, sauberer und sparsamer Mensch gewesen sei, aber auch von der Verstorbenen wird gesagt, sie habe mit ihrem Manne gut gelebt, sei eine vorzügliche Hausfrau und Mutter gewesen, bis

ihre unglückselige Neigung

für Igloffstein sie Ehre und Leben gekostet hat.

Nach sachverständigem Gutachten haben die Stiche den Tod der Frau herbeigeführt. Nach dem Gutachten ist Igloffstein auch nicht als geistesgestört im Sinne des § 51 des Strafgesetzbuchs anzusehen. Auf Antrag des Staatsanwalts war die Oeffentlichkeit während der Verhandlung ausgeschlossen.

Das Urteil.

Auf Grund des Wahrspruchs der Geschwornen wurde der Angeklagte wegen vorsätzlicher Körperverletzung mit tödlichem Erfolg unter Zubilligung mildernder Umstände zu zwei Jahren sechs Monaten Gefängnis verurteilt, worauf 4 Monate Untersuchungshaft als verbüßt angerechnet werden. —

Gerichts-Zeitung.

Gewerbegericht Magdeburg.

Sitzung vom 23. Juni 1913.

Vorsitzender: Stadtrat Dr. Scheehl. Beisitzer der Arbeitgeber: Kaufmann Koch und Fabrikdirektor Viett; Beisitzer der Arbeitnehmer: Fabrikarbeiter Schulze und Schmied Sievers.

Die Lohntüte. Die Firma Carstens hier gibt ihren Arbeitern den Lohn in geschlossenen Lohntüten. Da es im Lohnempfangsraum dunkel ist, ist es den Arbeitern unmöglich, den Betrag sofort nachzuprüfen. Der Steingutdreher H. hat am 7. Juni 27,08 Mark erhalten müssen; als er den Betrag in der Werkstätte in Gegenwart einiger Kollegen nachzählte, fehlten 20 Mark an seinem Lohn. Er reklamierte den Fehlbetrag sofort, doch wurde die Nachzahlung verweigert. Daraufhin klagte er auf dem Gewerbegericht. Der Prokurist der Beklagten führte aus, daß der Lohn vom Lohnbuchhalter einem Lehrling vorgezählt wird, der ihn dann in die Lohntüte legt und diese zuklebt. Ein Irrtum ist (nach seiner Ansicht) ausgeschlossen. Einige Kollegen des Klägers bekunden als Zeugen, daß ihnen der Kläger sofort mitteilte und zeigte, daß er anstatt 27,08 Mark nur 7,08 Mark erhalten habe; beim Oeffnen der Tüte waren sie — außer einem, der aber wieder den Betrag nicht gesehen hatte — nicht zugegen. Die Beklagte wurde zur Zahlung der geforderten Summe verurteilt, weil sie den

Beweis, daß der Kläger den verdienten Lohn in Höhe von 27,08 Mark erhalten habe, nicht zu erbringen vermochte. —

Nur schriftliche Vereinbarungen schließen Irrtümer aus. Der Arbeiter G. klagte gegen den Fabrikanten Welger auf Zahlung einer 12tägigen Lohnentschädigung von 43,20 Mark, weil er zu Unrecht kündigungslos entlassen sein will. Nachdem der Beklagte sowie auch dessen Stellvertreter bekundet hatten, daß dem Kläger mündlich gesagt worden sei, daß jegliche Kündigungsfrist ausgeschlossen ist, wurde der Kläger mit seiner Klage kostenpflichtig abgewiesen. —

Sittenschutzleute und Freudenmädchen.

Hg. Berlin, 23. Juni.

Vor der ersten Strafkammer des Landgerichts 1 unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Schmidt begann am heutigen Montag der Prozeß gegen die Berliner Kriminalschutzleute Thiede, Bachmann und Seegebarth sowie gegen die Frau des Kriminalschutzmanns Thiede. Es sind angeklagt Bachmann und Seegebarth, daß sie für an sich nicht pflichtwidrige Handlungen Geschenke angenommen haben. Thiede ist gleichfalls wegen dieses Delikts angeklagt, weiter aber auch soll er von einer Prostituierten einen Teil seines Unterhalts unter Begünstigung der Unzucht bezogen haben. Frau Thiede ist der

schweren Kuppelei

angeklagt. Die Anklage vertritt Staatsanwaltschaftsrat Töpfer, die Verteidigung führen die Rechtsanwälte Dr. Schwindt, Jaffé, Doktor Werthauer und Bahn. Zu der Verhandlung sind etwa 30 Zeugen geladen. Als Sachverständige wohnen ihr zwei Polizeiräte bei. Der Angeklagte Thiede ist der Typ eines echten Berliners mit einem forschen Aussehen. Der Angeklagte Bachmann ist in Russisch-Polen geboren, jedoch preußischer Staatsbürger und ist schon ein älterer Mann, während der Angeklagte Seegebarth das Aussehen eines soliden Bürgers hat. Der Angeklagte Thiede verantwortet sich in recht lebhafter Weise: Ich habe den Dienst in der Friedrichstraße und ihren Nebenstraßen gehabt und hatte darauf zu achten, daß keine Uebertretungen der sittenpolizeilichen Vorschriften durch die unter sittenpolizeilicher Kontrolle stehenden Frauenspersonen vorkamen. Ferner hatte ich darauf zu achten, ob auch nicht andre verdächtige Frauenspersonen sich der gewerbsmäßigen Unzucht ergaben. Es sind mit der Ueberwachung der Friedrichstraße und ihren Nebenstraßen 24 Kriminalbeamte betraut. Natürlich mußte ich mich, und zwar auf Weisung des Oberregierungsrats Hoppe auch der Hilfe von Vigilantinnen bedienen, von Frauenspersonen aus diesen Kreisen, da wir Beamte natürlich den Mädchen bekannt sind, während Vigilantinnen leichter etwas auskundschaften können. — Vors.: In Ihrem Dienste mußten Sie auch manchmal ein Automobil benutzen. Sie mußten Lokale aufsuchen und dergleichen mehr. — Angekl.: Jawohl! — Vors.: Wer hat denn das Geld bezahlt? — Angekl.: Immer ich, und zwar wird mir dieses Geld von der Behörde ersetzt. Wenn die Zeugin Ortmeier behauptet, daß sie für mich bezahlt hat, so ist das vollständig unwahr. — Vors.: Die Ortmeier behauptet aber, daß sie Ihnen Geschenke gemacht habe. — Angekl.: Daran ist gar nicht zu denken. — Vors.: Sie sagt, daß Ihre ganze Ausstattung bis auf die Tischtücher, und daß sogar Ihre Anzüge Ihnen von ihr geschenkt worden sei. — Angekl.: Aber Herr Direktor, sehe ich denn so abgelumpt aus? Ich werde von den Frauenspersonen

der „schneidige Max"

genannt. (Heiterkeit.) — Vors.: Sie hatten auch den Beinamen Koberernst, und zwar deshalb, weil Sie so viel Frauenspersonen anredeten. — Angekl.: Das ist doch mein Dienst. Ich muß die Mädchen doch fragen, wovon sie sich ernähren. Daß ich das Glück hatte, daß sie auf mich alle hereinfielen, dafür kann ich doch nichts. Ich habe nun mal so'n Exterieur. (Heiterkeit.)

Bei der weitern Vernehmung des Angeklagten ergibt sich die Notwendigkeit, seine Beziehungen zu der Ortmeier zu erörtern. Staatsanwaltschaftsrat Töpfer beantragt den

Ausschluß der Oeffentlichkeit.

Er betont, daß er den Antrag nicht deshalb stelle, weil etwa die Sittenpolizei irgendwelche Erörterungen zu scheuen hätte. Das könnte sie ruhig vertragen. Aber es kämen geschlechtliche Dinge zur Sprache, die eine Gefährdung der Sittlichkeit besorgen ließen. Der Staatsanwalt stellt anheim, die Presse zuzulassen. — Die Verteidiger widersprachen dem Ausschluß der Oeffentlichkeit und auch die Angeklagten erklärten, kein Interesse am Ausschluß der Oeffentlichkeit zu haben.

Der Gerichtshof beschloß, die Oeffentlichkeit für die ganze Dauer der Verhandlung wegen Besorgung der Gefährdung der öffentlichen Sittlichkeit auszuschließen, die Presse jedoch zuzulassen. Nachdem die Zuhörer entfernt sind, wird dann die Vernehmung des Angeklagten Thiede fortgesetzt.

Der Vorsitzende hält ihm vor, daß er sich mit der Ortmeier geduzt hat. — Angekl. Thiede: Die Ortmeier ist eine hysterische Person. Anders war von ihr nichts zu erfahren und so habe ich eingewilligt. — Vors.: Wie kam denn aber das? — Angekl.: Wenn Sie schon so fragen. Wir haben uns als Kollegen betrachtet und zusammen gearbeitet. Warum sollte ich ihr da den Gefallen nicht tun?

Es wird dann über den Grad der Beziehungen zwischen der Ortmeier und dem Angeklagten Thiede verhandelt. Thiede bestreitet, daß diese Beziehungen einen intimen Charakter angenommen haben. Der Vorsitzende hält dem Angeklagten demgegenüber aber vor, daß er von der Zeugin Ortmeier zahlreiche Anzüge, viel Eßwaren, Zigarren, Wein usw. zum Geschenk bekommen haben soll, und zwar, damit er ihr gegenüber die polizeilichen Vorschriften nicht so streng handhabe. Der Angeklagte erklärt alles, was er angenommen habe, auch bezahlt zu haben. Dann hält ihm der Vorsitzende vor, daß Thiede in der Untersuchung einem Zeugen gegenüber angedeutet haben soll, daß dieser Zeuge die Ortmeier doch bestimmen solle, nicht so sehr gegen ihn, Thiede, aufzutreten. Darauf erwiderte der Angeklagte Thiede, daß das unwahr sei, der betreffende Zeuge sei unglaubwürdig, denn er sei in eine Meineidssache verwickelt und er habe bei den Polizeibeamten nur immer so freundschaftlich getan, um aus ihnen etwas herauszuhorchen, was er den betreffenden Frauenspersonen wieder weitersagen könnte. — Vors.: Sie sollen auch mal zu der Ortmeier, die Ihnen hier im Kriminalgerichtsgebäude vorhielt, daß Sie in der Untersuchung schwindelten, gesagt haben, warum soll ich denn nicht schwindeln, es steht Aussage gegen Aussage und

den Beamten wird doch mehr geglaubt als Euch.

Angekl. Thiede: Ach wo, davon ist kein Wort wahr. — Vors.: Aber die Zeugin Ortmeier wird sich doch nicht alles aus dem Finger saugen. — Angekl.: Herr Direktor, Sie kennen ja die Ortmeier nicht, was das für eine hysterische Person ist, die kann Wahrheit und Lüge überhaupt nicht auseinanderhalten.

Der Vorsitzende stellt dann fest, daß nach den Angaben der Ortmeier Thiede

insgesamt für 1000 Mark Geschenke

von ihr bekommen habe. Es wird eine große Anzahl von Briefen verlesen, die zwischen dem Thiede und der Ortmeier gewechselt worden sind. Eine Anzahl dieser Briefe der Ortmeier sind überschrieben: „Mein liebes Thiedelchen!" Auf die Frage nach seinen Gehaltsbezügen gibt Thiede an, insgesamt 2960 Mark jährlich bezogen zu haben. Er und seine Frau seien damit vollkommen ausgekommen und hätten sogar noch Badereisen machen können. Einen Nebenverdienst habe er nicht gehabt.

Es wird nun zur Vernehmung der Frau Thiede übergegangen, die wegen Kuppelei angeklagt ist, weil sie den Verkehr zwischen dem Thiede und der Ortmeier geduldet haben soll. Frau Thiede ist 16 Jahre älter als ihr Mann. Sie bestreitet die ihr zur Last gelegte Straftat und will überhaupt von den Beziehungen zwischen ihrem Mann und der Ortmeier erst sehr spät erfahren und diese in keiner Weise begünstigt haben.

Die weitere Erörterung dreht sich um die Ursachen der Feindschaft, die schließlich zwischen der Ortmeier und dem Ehepaar Thiede entstanden ist, und die dann schließlich einmal zu Beschimpfungen der Thiedeschen Eheleute durch die Ortmeier auf offener Straße führte. Die Ortmeier hat auf der Revierwache erklärt, daß sie den steigenden Anforderungen der Thiedeschen Eheleute nicht mehr habe nachkommen können, denn sie seien unerträglich geworden. Frau Thiede erklärt hierzu, die Ortmeier selbst habe ihr gesagt, daß sie ihren Mann unbedingt haben müsse und daß sie deshalb alles aufbieten werde, um ihn aus seiner Stellung zu bringen, denn als Kriminalbeamter werde er sie doch nicht heiraten können. Sie werde deshalb alles tun, um die Thiedesche Ehe zu zerstören, und deshalb habe sie auch schließlich gegen sie (Frau Thiede) Anzeige erstattet.

Zur Beleuchtung der Glaubwürdigkeit der Zeugin Ortmeier wünscht die Verteidigung die Vernehmung eines frühern Polizeibeamten Penzig, gegen den die Ortmeier falsche Beschuldigungen erhoben haben soll. Die Vernehmung des Penzig stellt sich jedoch als unmöglich heraus, weil er völlig zusammengebrochen ist und gegenwärtig unter Verfolgungsideen leidet. — Als nächster Angeklagter wird der Kriminalschutzmann Bachmann vernommen, der seit 1892 der Schutzmannschaft angehört. Er soll Geschenke von der Ortmeier bekommen haben, bestreitet dies jedoch. Auch soll er sich von der Ortmeier 1000 Mark geborgt haben, was er ebenfalls bestreitet. Auch die Beschuldigung, daß er gegen Entgelt der Ortmeier aus sittenpolizeilichen Akten Mitteilung gemacht haben soll, bezeichnet er als unwahr.

Der letzte Angeklagte Seegebarth soll von einer Frau Walter, die ebenfalls zeitweise unter sittenpolizeilicher Aufsicht stand, Geschenke erhalten haben, insbesondere Seidenstoffe. Er erklärt, alle diese Waren bezahlt zu haben.

Die Verhandlung wird am Dienstag fortgesetzt. —

Kleine Chronik.

Frau und Tochter im Schlaf erschlagen.

In Beneschau bei Oppeln erschlug der Gastwirt Dominik seine Ehefrau und seine zwölfjährige Tochter mit der Axt im Schlaf. Er ist geistesgestört und hat bereits vor 25 Jahren zwei seiner Kinder im Alter von 1 und 2 Jahren im Schlaf erwürgt. Er wurde damals aber wegen Geisteskrankheit freigesprochen und hatte seitdem mit seiner Frau im besten Einvernehmen gelebt. —

Lustmord im Forst.

Im Falkensteiner Forst zwischen Hennigsdorf und Velten wurde die gänzlich unbekleidete und bereits stark verweste Leiche einer etwa 18 bis 20 Jahre alten Frau aufgefunden. Etwa 20 Meter von dem Ort entfernt, an dem die Leiche liegt, befindet sich eine Lichtung, wo zwischen dem Mörder und seinem Opfer ein heftiger Kampf stattgefunden haben muß, da das Gras im Umkreis von einigen Metern niedergetreten ist und die Zweige des Unterholzes abgerissen sind. Der Mörder muß hier sein Opfer entkleidet und in das Dickicht geschleppt haben. Die Tat muß nach Anschauung des Arztes vor etwa acht bis vierzehn Tagen begangen worden sein. Allem Anschein nach handelt es sich um ein Mädchen, an dem ein Lustmord begangen sein dürfte. Der Täter hat seinem Opfer, um es unkenntlich zu machen, die Kopfhaare abgeschnitten. An einer Schulter bemerkt man eine Verletzung. —

Der Erste.

Anläßlich des Regierungsjubiläums des Kaisers hat auch der Herzog von Anhalt eine Amnestie erlassen. In dem Erlaß, den das Amtsblatt verkündete, heißt es unter anderm, wie im preußischen: „sind vornehmlich solche Personen zu berücksichtigen, die zu ihren Straftaten durch Not, Leichtsinn, Unbesonnenheit oder Verführung veranlaßt worden sind". Vor etwa einem halben Jahr ist der nationalliberal-konservative anhaltische Landtagsabgeordnete und herzogliche Oberamtmann Gutsbesitzer Louis Meißner aus dem Dessau benachbarten Dorfe Jonitz wegen Verleitung zum Meineid zu einem Jahre Zuchthaus rechtskräftig verurteilt worden. Er hatte, was gerichtsseitig festgestellt worden ist, aus Eigennutz einen seiner Bedienten zum Meineid zu verleiten versucht. Herr Meißner, der sich bei den Landtagsverhandlungen durch seinen Byzantinismus hervortat, ist als erster von der Wohltat des Amnestieerlasses betroffen und noch am Tage der Veröffentlichung des Erlasses aus der Haft entlassen worden. Obwohl er bereits vor Monaten zu Zuchthaus verurteilt und das Urteil vom Reichsgericht bestätigt worden war, hat er die Zuchthausmauern nicht gesehen. Bis zum Tage der Begnadigung hat er in dem Gerichtsgefängnis in Dessau gesessen und alle Vergünstigungen genossen, die sonst Zuchthäuslern nicht zuteil werden. Er war krank. —

Die Massenerkrankungen im Osnabrücker Infanterieregiment.

Von den 200 Mann des ersten Bataillons des Infanterie-Regiments 78 in Osnabrück, die, wie berichtet, unter Vergiftungserscheinungen erkrankten, sind 23 Mann ins Hospital gebracht worden. Die meisten befinden sich auf dem Wege der Besserung. Auch vom zweiten Bataillon des Regiments 78 sind 15 Mann unter den gleichen Erscheinungen erkrankt. Die Ursachen der Krankheit sind noch nicht festgestellt. Es soll sich um eine Schierlingsvergiftung handeln. Die Soldaten hatten am Sonnabend Petersilienkartoffeln gegessen und waren bald darauf erkrankt. Nach einer andern Version sollen sie sich die Krankheit auf dem Truppenübungsplatz Munster in der Lüneburger Heide geholt haben, der durch seine schlechten Trinkwasserverhältnisse bekannt ist. Eine Infektionskrankheit soll auf keinen Fall vorliegen. —

Der bestechliche Polizeiassessor.

Der Regierungsassessor Lewizki in Kiel, der sich als stellvertretender Polizeipräsident der passiven Bestechung und des Betrugs schuldig gemacht hatte, war bekanntlich am 8. April vom Landgericht Kiel zu drei Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust verurteilt worden. Gegen das Urteil hatte sowohl der Angeklagte wie der Staatsanwalt Revision eingelegt. Das Reichsgericht hat beide Revisionen als begründet erachtet und das Urteil aufgehoben. Der Reichsanwalt erklärte, daß die Revision des Staatsanwalts nur zu dem Zweck eingelegt sei, um die Verurteilung des bestechlichen Beamten zu der Höchststrafe von 5 Jahren Zuchthaus zu erzielen. —

Todessturz bei der Adlerjagd.

Der Privatier Edmund Thysen aus München, der in Hochfinstermünz (Tirol) zur Jagd weilte, stürzte auf der Ostseite des Piz Mondin an der schweizerisch-tirolischen Grenze beim Versuch, ein Adlernest auszunehmen, 300 Meter tief hinab. Die Leiche wurde geborgen. —

Ein Unfall beim Salutschießen

Präsident Poincaré ist über den Kanal nach Portsmouth abgereist, um den König von England zu besuchen. Bei der Begrüßung in Cherbourg ereignete sich ein schwerer Schießunfall. Als der Präsident in dem Hafen ankam, feuerten die Kanonen des Forts die vorschriftsmäßigen Salutschüsse ab. Dabei explodierte beim Laden eines Geschützes aus bisher noch unaufgeklärter Ursache eine Kartusche, wodurch zwei Artilleristen getötet und zwei andre schwer verletzt wurden. —

Vereine und Versammlungen.

Zur Zentralisation der Ortskrankenkassen.

Die Ortskrankenkasse für das Maler- und Lackierergewerbe hielt am 23. Juni im „Bürgerhaus" ihre Generalversammlung ab. Anwesend waren 22 Arbeitgeber und 78 stimmberechtigte Arbeitnehmer. Vorsitzender Möller erstattete den Geschäftsbericht und Rendant Howe den Kassenbericht für das verflossene Geschäftsjahr. Der Reservefonds weist einen erheblichen Mehrbetrag auf. Die Inanspruchnahme der Kasse gegen die beiden Vorjahre ist aber erheblich gestiegen und hat sich wesentlich ungünstiger gestaltet, so daß der Reservefonds mit Beginn des neuen Jahres in Anspruch genommen werden mußte. Die Unterstützungskosten in Krankheitsfällen einschließlich der Angehörigen- und Krankenhausbehandlung betrugen 1910 rund 7035 Mark, 1911 rund 9271 Mark und 1912 gar 13 062 Mark. Sämtliche Redner sprachen sich für Anschluß an die allgemeine Ortskrankenkasse aus. Einstimmig wurde der Beschluß gefaßt, den Zulassungsantrag nicht zu stellen und die Angliederung an die allgemeine Ortskrankenkasse vorzunehmen. —

Verband der Bureauangestellten Deutschlands.

Am 15. Juni tagte in Magdeburg der für den Bezirk Sachsen-Anhalt fällige Bezirkstag. Delegierte waren anwesend von den Ortsgruppen Halberstadt, Halle a. d. S., Stendal, Weißenfels, Zeitz, Zerbst und Magdeburg. Der Bezirksvorsitzende, Kollege Lesse, erstattete den Geschäftsbericht für das Jahr 1912, aus dem besonders zu entnehmen ist, daß im verflossenen Geschäftsjahr zwei neue Ortsgruppen, nämlich in Bernburg und Stendal, entstanden sind. Kollege Krone gab den Kassenbericht. Alsdann folgten die sehr interessanten Berichte der Delegierten der vertretenen Ortsgruppen, denen der Vorsitzende seinen Dank abstattete für die fleißige Werbearbeit, die einen ganz beträchtlichen Mitgliederzuwachs im Bezirk gezeitigt hat. Der Vorsitzende referiert sodann über den in Magdeburg, Hasselbachstraße Nr. 2, errichteten Stellennachweis. Nach Ergänzung durch den Kollegen Krone wird dem Antrag des Bezirksvorsitzenden, den Stellennachweis auf den ganzen Bezirk auszudehnen, ohne Widerspruch zugestimmt. Auf Antrag der Ortsgruppe Magdeburg wurde beschlossen, zur weitern Belebung der Agitation im Bezirk vom Verbandsvorstand einen namhaften Zuschuß zu fordern. Hierauf wurden verschiedene die Agitation betreffende Anträge erledigt. Einstimmig wurden in den Vorstand wiedergewählt als Vorsitzender Kollege Lesse (Magdeburg), als stellvertretender Vorsitzender Kollege Junghans (Weißenfels). Als Ort des nächsten Bezirkstags wurde Bernburg bestimmt. —

Eingegangene Druckschriften.

Nicht verlangte Zusendungen werden nicht zurückgesandt. Besprechungen vorbehalten. Alle hier angeführten Bücher und Schriften sind auch durch die Buchhandlung der „Volksstimme" und deren Kolporteure zu beziehen.

Meyers Orts- und Verkehrslexikon des Deutschen Reichs. Fünfte, vollständig neubearbeitete und vermehrte Auflage. Auf Grund amtlicher Unterlagen von Reichs-, Landes- und Gemeindebehörden herausgegeben von Dr. E. Uetrecht. Mehr als 210 000 Artikel und Verweisungen mit 52 Stadtplänen, 19 Umgebungs- und Uebersichtskarten sowie einer Verkehrskarte und vielen statistischen Beilagen. 2 Bände in Leinen gebunden zu je 18 Mark. Verlag des Bibliographischen Instituts in Leipzig und Wien. — Der soeben ausgegebene zweite (und Schluß-) Band von „Meyers Orts- und Verkehrslexikon" ist noch umfangreicher als der im Herbste vorigen Jahres erschienene erste. Die beiden stattlichen und gewichtigen Bände umfassen zusammen 2338 Großoktavseiten und enthalten auf doppelt soviel Spalten mehr als 210 000 Artikel und Verweisungen. Da gibt es aber auch keine selbständige Siedlung in Deutschland, die hier nicht zu finden wäre, und von der man nicht genaue Angaben über ihre geographische Lage erhielte und erfahren könnte, zu welchem Staate, zu welcher Provinz, zu welchem Regierungsbezirk, Kreis, Bezirksamt usw. sie gehört, wieviel Einwohner sie hat, welches Gericht, Bezirkskommando, Standesamt für sie zuständig ist, ob sie Post-, Telegraphen- oder Fernsprechverbindung hat und welche die nächste Bahn- oder Dampferstation ist. Aber nicht das allein, es unterrichtet auch über die im Orte bestehenden Reichs-, Landes- und Gemeindebehörden, über die Bildungs- und Wohlfahrtseinrichtungen, über Handel und Industrie, Berufsgenossenschaften, Märkte, Servisklasse und vieles andre mehr. Die Angaben des Werkes beruhen auf amtlichen Unterlagen und erreichen den denkbar höchsten Grad von Zuverlässigkeit und Vollständigkeit. Mit großem Geschick sind in das Werk die Verkehrsangaben hineingearbeitet. Besondere Artikel sind den schiffbaren Wasserstraßen gewidmet und dabei Vermerke über ihren Lauf, ihre Abzweigungen, Höhenmarken, Kilometerlängen, Schleusen sowie Angaben über Art der Schiffahrt, Abgaben, Flößerei usw. gemacht. Dagegen sind die Staats- und Kleinbahnen mit ihren Bahnstrecken und Stationen sowie die Personenfahrpost- und Automobilverbindungen jeweils im Zusammenhang mit den durch sie verbundenen und berührten Ortschaften angeführt. Wo derartige Verbindungen fehlen, ist stets die nächstgelegene Station für Bahn- oder für Schiffsverkehr und ihre Entfernung in Kilometern angegeben und kenntlich gemacht, ob sie dem Personen-, dem Güter- oder dem Gesamtverkehr dient. Bei Orten mit einer Kleinbahnstation ist die Uebergangsstation von der Staatsbahn auf die Kleinbahn vermerkt. Höchst wertvoll sind die dem Werke beigegebenen zahlreichen, farbigen, hervorragend gut ausgeführten Stadtpläne und Umgebungskarten, von denen die „Verkehrs- und Reisekarte von Deutschland" und der „Plan von Groß-Berlin" zur bequemen Handhabung lose beigegeben sind, während die andern Pläne und Karte jeweils bei dem betreffenden Ortsartikel erscheinen. Jedenfalls wird es von keinem Unternehmen ähnlicher Art erreicht. Was man sich sonst an geographischen, verkehrstechnischen, wirtschaftlichen und statistischen Angaben mühsam aus vielen Nachschlagebüchern zusammensuchen mußte, hier ist alles planvoll, übersichtlich, zuverlässig und erschöpfend zusammengetragen und damit ein noch dazu preiswertes Werk geschaffen worden, von dem man dreist behaupten kann, daß es in den einschlägigen Fragen nirgends umsonst zu Rate gezogen werden wird. —

Daß es ein guter Gedanke des neuen Verlags des Deutschen Geschichtskalenders (Chronik der Gegenwart) war, das Unternehmen in monatlichen Heften auszugeben, wird besonders deutlich durch die soeben uns zugehende Märznummer. Dieselbe, die unter dem Titel „Militärvorlage, Wehrbeitrag und die öffentliche Meinung" auch einzeln zu dem billigen Preise von 80 Pfg. zu haben ist (Verlag von Felix Meiner in Leipzig), enthält bereits das vollständige Material zu den die Oeffentlichkeit jetzt so lebhaft beschäftigenden Wehrvorlagen. —

Briefkasten.

Heilanstalten Schielo, Lostau usw. Wir sind gern bereit, unsern bisherigen Abonnenten, solange sie sich in den Heilanstalten befinden, die Zeitung gratis zu liefern, doch muß uns der Vor- und Zuname und die bisherige Wohnung 5 Tage vor jedem Ersten eines Monats mitgeteilt werden. Verlag der Volksstimme.

A. W., Basel. Diese Stimmenzahl erhielt die Sozialdemokratie in der Hauptwahl. —

Aus dem Geschäftsverkehr.

Kufeke
-Kindernahrung
-Krankenkost
Tausendfach bewährte Nahrung bei:
Brechdurchfall,
Diarrhöe,
Darmkatarrh, etc.

Vereins-Kalender.

Gewerkschaftskartell Magdeburg. Donnerstag den 26. d. M., abends 8½ Uhr, Sitzung bei Lüchtefeld, Knochenhauerufer 27/28. 268

Deutscher Arbeiter-Stenotachygraphenbund, Ortsgruppe Magdeburg. Sonntag den 29. Juni Ausflug nach Külzau. Treffpunkt 7½ Uhr Dampferabfahrtstelle Petriförder. 1073

Arbeiter-Sängerchor Magdeburg. Jeden Mittwoch, abends 8½ Uhr, Uebungsstunde bei A. Lüchtefeld, Knochenhauerufer 27/28. 306

Arb.-Radfahrerbund Solidarität, Ortsgruppe Magdeburg. Vereinsabende: Abt. Wilhelmstadt (Luisenpark) Mittwoch; Abt. Buckau (Thalia) Mittwoch; Abt. Sudenburg (Zerbster Bierhalle) Donnerstag; Abt. Neue Neustadt (Koppehl, Fabrikenstraße) Freitag; Abt. Alte Neustadt (Krone) Mittwoch; Abt. Altstadt (Friedrichsluft) Freitag; Abt. Rothensee (Kumbiers Lokal) Donnerstag; Abt. Meitzendorf-Dahlenwarsleben (Gasthof zur Darre) jeden Mittwoch. 306

Abt. Alte Neustadt. Mittwoch den 25. Juni, abends 8½ Uhr, Versammlung in der „Krone". 1076

Erster Neue Neustädter Arbeiter-Radfahrerverein. Jeden Freitag Uebungsstunde im „Weißen Hirsch". 305

Arbeiter-Athletenbund. Mittwoch abend 7 Uhr Vorstandssitzung bei Bräutigam, Dorotheenstraße. 1079

Groß-Ottersleben. Wagenbauer-Krankenkasse. Am Sonntag den 29. Juni, nachmittags 4 Uhr, Versammlung bei der Witwe Strumpf. 1077

Groß-Ottersleben. Männer-Turnverein Jahn. Am Dienstag den 24. Juni Sitzung der Vorturnerschaft; am Sonnabend den 28. Juni Mitglieder-Versammlung bei der Witwe Strumpf. 1074

Klein-Ottersleben. Sozialdemokratischer Verein. Sitzung sämtlicher Funktionäre am Mittwoch, 25. Juni, abends 8 Uhr, bei Schütze.

Burg. Arbeiter-Samariterkolonne. Donnerstag den 26. Juni Uebungsstunde. Donnerstag den 3. Juli Versammlung. 1078

Burg. Freie Sängerschaft. Uebungsstunden: Mittwoch abend 8½ Uhr Männerchor, Donnerstag abend 8½ Uhr Damenchor. 305

Schönebeck. Gewerkschaftskartell. Eine Kartellsitzung findet diesen Monat nicht statt. 1080

Wasserstände.

+ bedeutet über. — unter Null.

					Fall	Wuchs
Iser, Eger und Moldau.						
Jungbunzlau	20. Juni	+ 0,16	21. Juni	+ 0,05	0,11	—
Laun	„	— 0,39	„	— 0,30	—	0,09
Budweis	„	— 0,18	„	— 0,16	—	0,02
Prag	22. „	—	23. „	+ 0,23	—	—
Unstrut und Saale.						
Straußfurt	22. Juni	+ 1,30	23. Juni	+ 1,30	—	—
Weißenfels Untp.	„	+ 0,22	„	+ 1,52	—	1,30
Trotha	„	+ 1,36	„	+ 2,46	—	1,10
Alsleben	„	+ 0,80	„	+ 1,70	—	0,90
Bernburg	„	+ 0,50	„	+ 1,04	—	0,54
Kalbe Oberpegel	„	+ 1,48	„	+ 1,50	—	0,02
Kalbe Unterpegel	„	+ 0,02	„	+ 0,32	—	0,30
Grizehne	„	+ 0,05	„	+ 0,40	—	0,35
Mulde.						
Dessau, Muldenbr.	22. Juni	— 0,47	23. Juni	— 0,25	—	0,22
Elbe.						
Pardubitz	20. Juni	— 0,72	21. Juni	— 0,60	—	0,12
Brandeis	„	— 0,33	„	— 0,30	—	0,03
Melnik	„	+ 0,20	„	+ 0,32	—	0,12
Leitmeritz	„	— 0,29	„	+ 0,53	—	0,82
Aussig	22. „	— 0,07	23. „	+ 0,60	—	0,67
Dresden	„	— 1,80	„	— 1,50	—	0,30
Torgau	„	+ 0,07	„	+ 0,07	—	—
Wittenberg	„	+ 0,94	„	+ 0,83	0,11	—
Roßlau	„	+ 0,35	„	+ 0,33	0,02	—
Barby	„	+ 0,52	„	+ 0,45	0,07	—
Schönebeck	„	—	„	+ 0,58	—	—
Magdeburg	23. „	+ 0,50	24. „	+ 0,70	—	0,20
Tangermünde	22. „	+ 0,98	23. „	+ 0,95	0,03	—
Wittenberge	„	+ 0,58	„	+ 0,55	0,03	—
Dömitz	„	+ 0,19	„	+ 0,14	0,05	—
Boizenburg	„	+ 0,18	„	+ 0,12	0,06	—
Hohnstorf	„	—	„	+ 0,16	—	—
Lauenburg	„	+ 0,17	„	+ 0,13	0,04	—

* Aussig, 24. Juni. Pegelstand + 1,28. Vom Oberlauf werden 101 Zentimeter Wuchs gemeldet. Magdeb. Ztg.

Allgemeine Ortskrankenkasse.

Die eingeklammerten Zahlen beziehen sich auf den 14. Juni 1913.

Mitgliederbestand am 21. Juni 1913		Krankenbestand am 21. Juni 1913	
männliche	6715 (6754)	männliche	266 (265)
weibliche	2741 (2726)	weibliche, ausschließl. d. Wöchn.	126 (136)
zusammen	9456 (9480)	zusammen	392 (401)
männliche	71,0 % (71,2 %)	männl. des Mitgl.-Bestandes	4,3 % (4,3 %) zus. 4,5 % (4,7 %)
weibliche	29,0 % (28,8 %)	weibl. des Mitgl.-Bestandes	5,0 % (5,5 %)

Außerdem befinden sich in Krankenhäusern und Heilstätten 28 (32) männliche, 13 (15) weibliche Mitglieder.
Wöchnerinnen 14 (15) Mitglieder. — Sterbefälle 1 (3) Mitglieder.
Gezahltes Krankengeld vom 14. bis 21. Juni Mk. 3717,03 (3457,82).
Davon am 21. Juni Mk. 3389,08 (3104,19).

Kaufmännische Ortskrankenkasse.

Die eingeklammerten Zahlen beziehen sich auf den 14. Juni 1913.

Mitgliederbestand am 21. Juni 1913		Krankenbestand am 21. Juni 1913		
männliche	4594 (4583)	männliche	143 (149)	
weibliche	5539 (5503)	weibliche	180 (173)	
zusammen	10133 (10086)	zusammen	323 (322)	
männliche	45,4 % (45,5 %)	männliche	3,1 % (3,3 %)	zus. 3,2 %
weibliche	54,6 % (54,5 %)	weibliche	3,3 % (3,1 %)	(3,2 %)

In Krankenhäusern, Heilstätten und andrer Fürsorge befinden sich 30 (33) männliche und 22 (27) weibliche Mitglieder.
Wöchnerinnen 21 (21) Mitglieder. Sterbefälle — (1).
Gezahltes Krankengeld vom 14. bis 21. Juni Mk. 2439,43 (2432,24).
Davon am 21. Juni Mk. 2273,53 (2304,89).

Standesamtliche Nachrichten.

Magdeburg, 23. Juni.

Aufgebote: Kaufm. Otto Kaiser mit Elsbeth Gersdorf. Fleischer Wilhelm Rose in Roßlau mit Hedwig Gebhardt hier. Geschäftsführer Georg Ableitner in Zell mit Ida Rümpler hier. Kaufm. Wilh. Otto Georg Richter hier mit Wilhelmine Karoline Helene Heise in Bad Sachsa.

Eheschließung: Hilfsprediger Walter Gabriel mit Margarete Güldemeister.

Geburten: Emmi, T. des Aushelfers Albert Gerecke. Rudolf, S. des Obergollsekretärs Rudolf Pretzsch. Irma, T. des Buchdruckers Eduard Luther. Gustav, S. des Feuerwehrm. Gustav Müller. Alfred, S. des Elektrikers Alfred Schnabel. Paul, S. des Eisenbahnarb. Paul Ahrendt. Heinz, S. des Telegr.-Assistenten Friedrich Fleischhack. Hildegard, T. des Kellners Walter Lorenz. Karl, S. des Ingenieurs Karl Mensing. Margarete, T. des Postschaffners Herm. Ebeling. Bruno, S. des Sattlers Ferd. August. Erika, T. des Prokuristen Hubert Marquardt. Johanna, T. des Friseurs Walter Schwarz.

Todesfälle: Unverehel. Wirtschafterin Katharine Trope, 64 J. 11 M. 4 T. Witwe Marie Lüdecke geb. Hahn, 64 J. 3 M. 26 T. Witwe Ida Rabethge geb. Natwoitnig, 62 J. 1 M. 21 T. Hermine geb. Koenecke, Ehefrau des Eisenbahn-Zugführers a. D. Friedrich Pfeiffer, 54 J. 10 M. 7 T. Expedient Georg Hauck, 54 J. 8 M. 17 T. Witwe Friederike Grimm geb. Engelhardt, 51 J. 8 M. 18 T. Lisbeth, T. des Arb. Albert Lobdan, 7 M. 10 T. Margarete, T. des Postschaffners Hermann Ebeling, 2 Std.

Totgeburt: S. des Arb. Heinrich Berger aus Gübs.

Sudenburg, 23. Juni.

Geburt: Herta, T. des Arbeiters Emil Körbacher.

Todesfälle: Porzellanmaler Bernhard Brehmer, 54 J. Arb. Wilhelm Lamprecht, 69 J. Kurt, S. des Müllers Adolf Hillmer, 6 M. 6 T. Witwe Friederike Lies geb. Hinze, verwitw. Stier, 58 J. Ackermeister Gustav Schäfer, 61 J. Martha geb. Weber, Ehefrau des Kellners Reinhold Naumann, 21 J.

Groß-Ottersleben.

Aufgebote: Lokomotiv-Hilfsheizer Otto Müller in Stendal mit Frida Knieriem hier. Schlosser Paul Köhnkow hier mit Wilhelmine Strach geb. Senkbeil in Magdeburg. Bäcker Wilhelm Ostermeyer in Magdeburg mit Emma Sitarz hier.

Geburten: Otto, S. des Pferdeknechts Hermann Priebenau. Margarete, T. des Adolf Witte. Walli, T. des Schuhmachers Robert Müller. Otto, S. des Arbeiters August Lücke. Paul, S. des Arbeiters Friedrich Schiefler. Friedrich, S. des Hofmeisters Friedrich Hoff. Paul, S. des Arbeiters Johannes Kubszyk. Otto, S. des Gelbgießers Albert Kley in Benneckenbeck. Edmund, S. des Arbeiters Franz Amann.

Todesfälle: Hedwig, T. des Arbeiters Gustav Hentschel, 1 J. 6 M. 4 T. Invalide August Gerecke, 70 J. Ehefrau Sophie Wille geb. Hoppe, 80 J. Ehefrau Lina Unger geb. Rauh, 50 J. Herbert, S. des Arbeiters Otto Reichardt, 1 M. 20 T. Invalide Friedrich Wille, 81 J. Invalide Georg Schönekäse, 69 J.

Totgeburt: T. des Bureaubeamten Albert Schlee.

Aschersleben.

Aufgebot: Eisendreher Paul Nordmann mit Emma Lißmann.

Geburt: S. des Telegraphenarbeiters Friedrich Rosengart.

Aus dem Geschäftsverkehr.

Die unterzeichnete Kasse, welche zum 1. Januar 1914 zur allgemeinen Ortskrankenkasse ausgestaltet wird, sucht zum baldigen Eintritt einen im Krankenkassenwesen vorgebildeten 2727

Beamten.

Bewerber, welche in der Krankenabfertigung, dem Melde- und Rechnungswesen möglichst firm sind, wollen Gesuche unter Beifügung eines selbstgeschriebenen Lebenslaufs, Bescheinigungen über Leistungen und Führung in den frühern Dienststellungen sowie Gehaltsansprüche an den Unterzeichneten einreichen.

Ortskrankenkasse der Fabrikarbeiter zu Burg b. M.
Gustav Schütz, Vorsitzender.

Terror

Dokumente über Terrorismus und Verrat im wirtschaftlichen und politischen Kampfe.
Gesammelt und herausgegeben von **Franz Klühs.**
Preis gebunden **2.50** Mark.

Buchhandlung Volksstimme, Gr. Münzstraße 3.

Colosseum
Täglich 4—11 Uhr
Das sensationelle Riesen-Programm
U. a. 2511
Ein Staatsgeheimnis
2 Akte — 2 Akte
Zollstation Nr. 12
3 Akte — 3 Akte
Gastspiel Asta Nielsen
2 Akte — 2 Akte
Kostüme, Humoresken
Sehen!! Staunen!!

Freireligiöse Gemeinde.
Freitag den 27. Juni, abds. 8½ Uhr, im Gemeindehaus, Marstallstraße 1
Gemeinde-Versammlung
Tages-Ordnung:
1. Fortsetzung des Berichts über die in Wiesbaden abgehaltene Bundesversammlung.
2. Besprechung.
3. Berichte. 2733
4. Sonstiges.
Der Vorstand.

Viktoria-Theater
Direktion **Hans Knapp.**
Größtes Ereignis der Saison!
Eine der größten Künstlerinnen der Gegenwart, Gertrud Eysoldt vom Deutschen Theater in Berlin, gastiert am Mittwoch, 25. Juni, abends 8½ Uhr, zum unwiderruflich letzten Male
Salome
Salome: Gertrud Eysoldt a. Gast.
Vorher:
Fritzchen
Erhöhte Gastspielpreise. Billette sind schon von heute an erhältlich. Tageskasse von 10 bis 1 Uhr und von 5½ bis 6 Uhr bei B. Schieder, Blumenhandlung, Alter Markt 11.

Eßt Remouladen-Möpse
Marke „Delikat"
in allen Geschäften und Lokalen zu haben. — Telephon 1742.
2732

Waschen Sie schon mit **Kluges Seifensalmiak?** 2566

Reform-Postkarten
10 Stück Mk. 0.30
100 Stück Mk. 2.50
in Celloidin, Gas u. Bromsilber.
Photo-Spezialhaus Arthur Harke
Lödischehofstraße Nr. 7.

Gustav Meinecke
Magdeburg, Marstallstraße 7
vis-à-vis dem Altstädter Krankenhaus.
Lager kompletter
Wohnungs-Einrichtungen
— Eigne Tischlerei. —
Ausführung nach gegebenen und eignen Entwürfen.
Besichtigung meines Lagers erbeten. 2567

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltung Magdeburg
Sonntag den 29. Juni, vormittags 10¼ Uhr
im „Luisenpark", Spielgartenstraße 1c
Außerordentl. Generalversammlung
der Mitglieder aller zur Verwaltungsstelle Magdeburg gehörenden Bezirke und Branchen.
Tagesordnung:
1. Stellungnahme zu dem am 6. und 7. August 1913 in Berlin stattfindenden 7. internationalen Metallarbeiter-Kongreß und Aufstellung von Kandidaten.
2. Bericht von der Generalversammlung in Breslau.
2482
Die Verwaltung.

Burg 2495 Burg
Palast-Theater
Spielplan:
Die furchtbaren Ueberschwemmungen in Amerika.
Riesenfilm von den furchtbaren Ueberschwemmungen in Amerika, über welche wochenlang die Zeitungen ihre Spalten gefüllt haben.
Diese Bilder sind soeben aus Amerika eingetroffen und illustrieren in schauerlich-schöner Art dieses gewaltige Naturereignis.
So war es nicht gemeint! Humorvoll.
Die Tochter des Kommandeurs. Pack. Lebensbild i. 2 Abteil.
Junggesellenabschied. Lustspiel in 1 Akt.
Der Schlager der Komik! Ein weiterer humoristischer Mehrakter!
Ein Bild zum Wälzen! —
Das Taubstummenlegat. Großer kinematographischer Schwank in 2 Akten.
Ediert von der Nordisk Films Comp.
Alleinaufführung für Burg.
Dieses Programm dürfen Sie unter keinen Umständen versäumen, wenn Sie Ihre Lachmuskeln einmal gewaltig in Bewegung setzen wollen.
Ergebenst
Die Direktion.
Otto Wohlfarth.

ZENTRAL-THEATER
Lacherfolg!
Puppchen
Lacherfolg!

Stephanshallen
— Dir. Rich. Froherz. —
Abends 8 Uhr 2520
Varieté-Vorstellung.
Streng gesichtetes Programm für Familien-Publikum.
Vorzeiger dieser Annonce hat außer Sonnabend und Sonntag freien Eintritt.

Gartenparzelle i. d. Rothensee Str. m. Laube u. Stall. preisw. abzug. Z. erfr. Wasserkunststr. 9, I r.

Gut erhaltener Sportwagen billig zu verkaufen 1638 Schöppensteg 7, part.

Burg. Burg.
Todesanzeige.
Gestern nachm. 2½ Uhr entschlief sanft nach längerem Leiden unsre liebe Mutter, Schwieger- und Großmutter, Schwester und Tante, die Witwe 2734
Emma Brecht geb. Göde
im Alter von 71 Jahren.
Dies zeigen tiefbetrübt an
Burg, den 23. Juni.
Die trauernden Hinterbliebenen.
Die Beerdigung findet am Donnerstag den 26. Juni, mittags 12 Uhr, von der Friedhofskapelle aus statt.

Wissenschaft.

Das menschliche Gedächtnis. Von Charles Dickens erzählt der 1905 gestorbene Amerikaner Bigelow eine hübsche Geschichte. Eines Tages brachte Dickens nach dem Essen zur Unterhaltung ein von ihm selbst erfundenes Spiel, das er Geschichts- oder Erzählspiel genannt hatte, in Vorschlag. Von den zehn Personen, die am Tische saßen, mußte eine dem Nachbar oder der Nachbarin einen Satz etwa von folgender Art möglichst rasch ins Ohr flüstern: „Zwischen Herrn Schwarz und Frau Weiß ist über das Betragen des jungen Braun, der in einer Fräulein Grau gehörenden Kohlenpfanne Schildkrötensuppe hatte kochen lassen, ein Streit entbrannt." Diesen Satz mußte einer dem andern so schnell wie möglich zuraunen, bis er um den ganzen Tisch herum war; dann mußte jeder der Spieler das, was er behalten hatte, niederschreiben und es laut vorlesen. Versuch und Erfahrung bestätigten (wie in solchen Fällen fast immer) die — hier von Dickens aufgestellte — Behauptung, daß der ursprüngliche Wortlaut des Satzes schon bei der zweiten oder dritten Uebertragung gänzlich entstellt wird. Als der angeführte Satz, den Dickens zuerst gesprochen hatte, über zwei Personen hinweg zu Bigelow, der dritten Person, gelangt war, lautete er folgendermaßen: „Zwischen Frau Weiß und Frau Schwarz ist wegen einer Kohlenpfanne, die man vor der Tür der Frau Schwarz hatte fallen lassen, ein Streit entbrannt." Dickens sah hierin einen deutlichen Beweis für die Schwäche des menschlichen Gedächtnisses und folgerte hieraus, daß man sich auf Zeugenaussagen nur selten ganz verlassen könne. —

Naturwissenschaft.

Eine gute Mutter. Der Skorpion gilt in der Naturgeschichte für ein Tier von besonderer Gefräßigkeit, nicht nur gefährlich für die Insekten, die seine gewöhnliche Beute bilden, sondern auch für den Menschen, der sich in den heißen Gegenden vor seinem giftigen Biß sehr in acht nehmen muß. Daß aber die gierige Freßlust dieses kleinen Ungeheuers sogar vor dem eignen Geschlecht und den eignen Kindern nicht halt macht, ist die neue Beobachtung eines Zoologen aus Biskra, Chiarelli. Chiarelli hat gefangene Skorpione lange beobachtet und dabei Seltsames erlebt. Bekanntlich trägt das Weibchen des Skorpions seine Kleinen auf dem Rücken, bis sie so kräftig geworden sind, um sich selbst ihre Nahrung und ihr Fortkommen zu suchen. Der Gelehrte, der ein Skorpionweibchen mit seiner Nachkommenschaft gefangenhielt, wollte es eines Tages aus der Kiste herauslassen, in der er es bewahrte. Aber kaum hatte er das Tier berührt, so sah er, wie die Kleinen, ohne Zweifel erschreckt, den Rücken der Mutter verließen und sich vor ihr zerstreuten. Anstatt nun ihre Kinder sorgsam zu sammeln, packte vielmehr die Skorpionmutter das erste beste und verschlang es; sie hätte wohl die kleinen Tierchen eins nach dem andern alle verspeist, wenn der Beobachter die unnatürliche Mutter nicht daran gehindert hätte. Chiarelli setzte dann zwei Skorpione von verschiedener Größe in ein Gefäß, ohne ihnen Nahrung zu geben; zwei Tage später stellte er fest, daß der größere den andern verspeiste. Man sah von ihm nur noch das Hinterteil; der übrige Körper war von dem gefräßigen Kameraden verschlungen worden.

Kulturgeschichtliches.

Salzsteuer und Salzmangel. Seit man eine Zubereitung von pflanzlichen Nahrungsmitteln kennt, wendet man hierbei auch Salz an. Uralt, wie das Menschengeschlecht überhaupt, ist auch der Genuß von Salz. Er ist für den Menschen notwendig, weil er dadurch die ohne Salz ungenießbare Pflanzenkost zu sich nehmen kann. Der gesamte Salzverbrauch pro Kopf der Bevölkerung stellt sich jetzt in Deutschland auf etwa 23 Kilogramm im Jahre, wovon 7,75 Kilogramm auf den persönlichen Gebrauch entfallen. Ein so wichtiger und begehrter Verbrauchsstoff lenkte schon frühzeitig die Aufmerksamkeit der staatlichen Finanzverwaltungen auf sich. So finden wir schon im alten Rom, die Salzgewinnung und den Vertrieb des Salzes staatlich monopolisiert. Nach Livius soll damit ursprünglich allerdings eine Erniedrigung des Salzpreises zugunsten der ärmeren Bevölkerung bezweckt worden sein; aber schon im Jahre 206 v. Chr. mußte dieses Interesse dem der Staatskasse weichen. Soweit die Salzgewinnung aus Bergwerken geschah, blieb das Salzregal auch im Mittelalter erhalten. Nach langen Kämpfen zwischen Kaisern und Landesherren verlieh die Goldene Bulle (1353) den Kurfürsten das Bergregal des Salzes. 100 Jahre später führte der „Große Kurfürst" in Brandenburg das Salzmonopol in strengster Form durch. Die Einfuhr war ganz verboten; der Vertrieb im Lande bedurfte obrigkeitlicher Erlaubnis. Seit 1765 wurde sogar jedem einzelnen der jährliche Salzverbrauch vorgeschrieben. Er betrug für jede Person des Haushalts über 9 Jahre 4 Metzen, für jede Kuh oder je zehn Schafe 2 Metzen. Diese Salzkonskription wurde im Jahre 1816 beseitigt. An ihre Stelle trat 1829 ein einheitlich festgesetzter Preis von 16 Talern pro Zentner Salz, der später für Vieh- und Gewerbesalz ermäßigt wurde. Durch Reichsgesetz vom 16. April 1871 erfolgte eine einheitliche Regelung, die auf dem Prinzip der Produktsteuer in Verbindung mit der Erhebung von Salzzöllen aufgebaut ist. Der Zoll für seewärts eingehendes Salz beträgt 12 Mark, für andres 12,80 Mark für 100 Kilogramm, die Steuer beträgt ebenfalls für je 100 Kilogramm 12 Mark. Von ihr sind befreit: das ausgeführte Salz, das zu landwirtschaftlichen Zwecken verwendete Salz, einschließlich des zum Einsalzen oder Nachpökeln von Heringen und dergleichen bestimmten Salzes, das zum menschlichen Genuß unbrauchbare sogenannte „Badesalz" und die Abraumsalze (Karnallit, Kainit usw.) bis zu 50 Prozent Salzgehalt ohne weiteres, die mit höherem Salzgehalt unter gewissen Kontrollen. Das zu landwirtschaftlichen und gewerblichen Zwecken bestimmte Salz muß vorher denaturiert werden und unterliegt dann keiner weiteren Kontrolle. Der jährliche Ertrag der Salzsteuer und des Salzzolls beträgt etwa 60 Millionen Mark. Eine gleiche Form der Besteurung des Salzes, wie sie Deutschland aufweist, findet sich noch in Frankreich und Holland. Salzmonopol haben in Europa noch Oesterreich-Ungarn, Italien, die Schweiz und die Balkanstaaten. Nur Einfuhrzoll als einzige Salzsteuer haben Dänemark, Norwegen, Rußland, Spanien, Portugal und die Vereinigten Staaten von Nordamerika. Gänzlich abgabenfrei ist das Salz in England, Belgien, Schweden und Japan. —

Von Land und Leuten.

Wenn man einen Prinzen kritisiert . . . In den militärischen Kreisen Wiens erregt folgender, erst jetzt bekanntgewordener Vorfall großes Aufsehen: Der Feldmarschalleutnant Mablé von der 25. Infanterietruppendivision hatte den Erzherzog Peter Ferdinand, den Kommandanten der ihm unterstehenden 41. Infanteriebrigade bei der Beschreibung zum Divisionär nicht, wie es Bedingung zum Avancement ist, als „hervorragend", sondern nur als „geeignet" beschrieben. Erzherzog Peter Ferdinand könnte daher nach der geltenden Auffassung nicht Divisionär werden und müßte in den Ruhestand treten. Der Feldmarschalleutnant wurde deshalb von seinem Kommando enthoben. — Bei uns in Deutschland herrschen ja Gott sei Dank geordnete Zustände, die einen solchen Skandal ausschließen. Bei uns ist es ganz unmöglich, daß ein Vorgesetzter, der einen ihm unterstellten Prinzen zu kritisieren wagt, gemaßregelt wird, — weil es einen solchen Vorgesetzten bei uns einfach nicht gibt. Noch hat bei uns jeder Fürstensproß seine Examina „mit Auszeichnung" absolviert und infolgedessen ist z. B. der Vorsitzende der Prüfungskommission an der Straßburger Universität, Professor Laband, auch nicht in den Ruhestand versetzt, sondern im Gegenteil zur Exzellenz und zum Mitglied der elsaß-lothringischen Ersten Kammer ernannt worden. Im alten Rom gab es einen Kaiser namens Nero, der durch die erste Christenverfolgung und den Brand Roms bekannt ist. Dieser Nero bildete sich auch ein, ein großer Künstler zu sein und als ein Höfling einmal seinen Gesang zu kritisieren wagte, ließ er ihn kurzerhand hinrichten. Man sieht, daß sich die Zeiten seitdem bedeutend gebessert haben. —

Humor und Satire.

Der einzige Nutznießer. „Die Leute passen nicht zueinander: er heiratet sie des Geldes wegen, sie ihn wegen des Titels, der Schwiegervater muß alle Schulden bezahlen, die Gäste müssen Geschenke geben. Der Pfarrer ist der einzige, der Vorteil von der Geschichte hat." —

Der Sprachlehrer. „Un dann, meine libben Schüler, jewönnt, Oeich den Dialekt ab! Jebbt Oeich Mühe. Mir is es auch dorch Jottes Hilfe un mit eiserner Enerjie jelungen!" —

Abgeguckt. Lehrer: „Was muß man mit seinen Zähnen tun, um sie gesund und weiß zu erhalten?" Fritz: „Man muß sie des Nachts in ein Glas Wasser legen." —

Es ging nicht anders. „Ich bin nur der Friedensstifter gewesen," sagte einer der Angeklagten zum Richter. Richter: „Aber Sie haben doch dem Angreifer ein Loch in den Schädel geschlagen." Angeklagter: „Ja, anders war's nicht zu machen, Herr Richter."

Resignation. Ein Herr, der es eilig hat, zu einem andern Herrn, der die Telephonzelle besetzt hält: „Sie bleiben nun schon eine halbe Stunde am Fernsprecher, und dabei reden Sie kein einziges Wort!" Der Herr am Telephon, gebrochen: „Ich spreche mit meiner Frau." —

Unser Bild.

Heiß und trocken war in den letzten Tagen noch immer die Luft. Kein Wunder, wenn die Menschen in den kühlenden Fluten der Elbe Erholung suchen. Nach wie vor bietet der Strand bei Cracau ein Bild ungezwungensten Treibens, und besonders die Jugend hat hier eine sichere Stelle für ihre Schwimmübungen und Taucherkunststücke. —

Druck und Verlag W. Pfannkuch u. Co., verantwortlicher Redakteur Emil Müller, sämtlich in Magdeburg

Die Kraft
Unterhaltungsbeilage zur Volksstimme

Nr. 146 — Magdeburg, Mittwoch den 25. Juni — 1913

In schlimmen Händen.

Roman von Erich Schlaikjer.

(27. Fortsetzung.) Nachdruck verboten.

„Ist Dir etwas?" fragte Asmussen; sie sah aus, als wenn sie etwas quälte.

Dagmar gab keine Antwort.

„Hat man Dir etwas getan?"

Nach einer Weile kam Dagmar; sie nahm wortlos den frühern Platz wieder ein.

Es war totenstill im Zimmer.

„Leidest Du an etwas?" fragte Asmussen schonend.

Dagmar nickte.

„Hat Deine Mutter Dir etwas getan?"

„Mutter kann nichts dafür."

„Was ist es denn?"

„Sie ist krank."

Strandleben an der Elbe. (Text Seite 4.)

Dagmar konnte nichts sagen. Sie stand schnell auf und verließ das Zimmer.

„Hm, hm!" Asmussen schüttelte den Kopf.

Dann ging er sorgsam in die Küche hinaus; das Mädchen war mit dem Messerputzen beschäftigt.

„Ist in meiner Abwesenheit etwas vorgefallen?"

Das Mädchen zögerte etwas. „Ich weiß nicht recht. Die Mutter war hier. Das Fräulein ging gleich nachher in ihre Kammer. Ich glaubte fast, daß sie weinte."

„So so." Asmussens Gedanken waren gleich in dieser Richtung gegangen; es waren immer die Dinge aus der Fischergasse, über die Dagmar kein Wort herauszubringen vermochte. Es war am besten, sie allein zu lassen. Er ging ins Gastzimmer zurück und hängte seinen schweren Wagenmantel an den Ständer.

„Mein Gott!" Asmussen war ganz erschrocken. Diese starke Frau.

„Die Krankheit ist es nicht."

„Was ist es denn?"

„Die Schwestern sind so schlecht zu ihr."

Stand es so! Asmussen schüttelte traurig den Kopf.

„Was fehlt denn der Mutter?" Er sah still auf Dagmar hin.

„Sie hat es schon früher gehabt. Sie kann mitunter keine Luft kriegen. Sie bekommt dann Brustkrampf oder so etwas. Ich weiß nicht, was es ist. Sie hat sich nie viel darum gekümmert. Wenn es vorbei war, war es eben vorbei."

„Ist es schlimmer geworden?"

„Die Krämpfe eigentlich nicht. Sie hat nur zweimal einen Anfall gehabt. Sie kann aber nachts keine Luft

kriegen. Sie fährt mit einem Mal aus dem Schlafe heraus. Sie hat solche Angst dabei, sagt sie."

„Das ist zu begreifen, wenn die Luft wegbleibt."

„Es ist ihr so schrecklich, allein zu sein. Sie meint immer, daß ihr etwas zustoßen könnte."

„Und was ist weiter?"

„Die Schwestern lassen sie allein." Dagmar beugte sich auf ihre Arbeit.

Asmussen nickte verstehend; von der Seite war freilich nicht viel andres zu erwarten.

„Wollte Mutter etwas von Dir?"

„Sie will, daß ich auf einige Zeit zu Hause schlafe."

„Ja, das kann man aber doch verstehen."

„Ich tue es nicht, ich tue es nicht, ich tue es nicht!" Dagmar sprang auf und ging erregt durchs Zimmer.

Asmussen freute sich; er wollte sie lieber zornig sehen als traurig.

„Eine kranke Frau kann man aber nicht allein lassen!"

„Es braucht nicht alles auf mich zu kommen. Ich habe genug getan. Ich will nicht mehr."

„Du hast ja völlig recht. Glaubst Du aber, daß Du auf Deine Schwestern Eindruck machen wirst?"

„Auf die!"

„Nun also, liebes Kind, dann kommen wir damit doch nicht weiter. Die Forderung Deiner Mutter ist billig. Wenn andre sie nicht erfüllen wollen, müssen wir es eben tun. Deine Mutter soll die Hilfe haben; darauf kommt alles an."

„Ich gehöre hier ins Haus. Man soll mich endlich in Ruhe lassen."

„Das tust Du allerdings; aber ebenso richtig ist es, daß Deine Mutter auch Deine Mutter ist. Es kann sich ja nur um kurze Wochen handlen. Wenn es dann nicht anders ist, müssen wir auf andre Mittel sinnen. Aber so lange solltest Du es jedenfalls versuchen."

Dagmar gab keine Antwort.

„Wenn man älter wird, ist es nicht leicht, allein zu sein. Wenn man in Angst und Atemnot ist, ist es noch viel schwerer. Du mußt an Deine Pflicht als Kind und Tochter denken."

„Wenn Du meinst . . ." Dagmar stand abgewendet. Die Antwort kam leise und schamvoll.

„Ich meine es."

Dagmar kehrte sich um, ging auf ihn zu und küßte ihn.

„Suche die Ruhe auf." sagte Asmussen, „ich will es auch tun."

Sie gab ihm noch einmal die Hand und ging hinauf.

Asmussen ging eine Weile im Zimmer auf und ab. Dann drehte er die Flammen aus und folgte ihr.

*

In der alten Fischergasse war es dunkel. Den weißen Schnee konnte man eben schimmern sehen, sonst sah man die Hand vor den Augen nicht. Es war eine rabenschwarze Nacht.

Dagmar, die seit einigen Tagen zu Hause schlief, stand mit ihrer Mutter im obern Giebelzimmer. Im Ofen knisterte ein behagliches Feuer. Das Zimmer war hell erleuchtet, das Fenster aber war undurchdringlich verhängt.

Dagmar überflog, was sie geschaffen hatte. Es war alles wohnlich und sauber und mit einem festlichen Glanze. Die Blumen auf dem Tische waren zu ihrer Zufriedenheit ausgefallen. In der einen Ecke stand dunkles Exportbier; die Flaschen sollten sich im Zimmer offenbar erwärmen.

„Marie und die Schwarze sind fest unterrichtet?"

„Selbstverständlich." Frau Engelbrecht wurde eifrig.

Dagmar zog die Uhr.

„Geh zu Bett!"

Frau Engelbrecht bekam einen Anfall von Rührung und küßte sie mit mütterlichem Stolze; dann ging sie.

Dagmar lauschte gespannt. Sie zog noch einmal die Uhr. Es war die Zeit. Ein stiller, heißer Atem der Erwartung ging durch das Zimmer.

War das ein Knirschen des Schnees? Ein Schloß wurde geöffnet. Im Nu war sie an der Stubentür und horchte. Ihre Sinne waren bis zum äußersten gespannt. Es kam die Treppe herauf. Ihre Augen glänzten. Die Brust begann zu wogen.

Es war Axel . . .

Die kleine Stadt war lebenslustig. Die Reihe der Feste nahm so bald kein Ende, wenn sie erst einmal angefangen hatte. Hinter dem großen Balle des Bürgervereins kam noch ein Ausläufer von kleinen privaten Geselligkeiten. Man war nun einmal in die Unsolidität hineingekommen, wie man zu sagen pflegte, nun hatte man auch das Bedürfnis, eine Weile damit fortzufahren.

Carlsen und Frau lebten viel für sich. Sie machten immer wieder die Erfahrungen, daß das Glück doch am ehesten in ihrer behaglichen Stube zu finden war. In den ersten Jahren hatten sie sich völlig zurückgezogen. Die Mittel waren allzu knapp gewesen. In den letzten Jahren aber waren sie doch aus sich herausgegangen. Carlsen, der lustige Gesellschaften gar nicht kannte, hatte eine zu große Freude daran. Die Frau hatte überdies viel Mädchenbekanntschaften, die in dem Städtchen verheiratet waren, zum Teil viel besser als sie selber. Es war gut, mit ihnen in Berührung zu bleiben, die eigne Stellung wurde gehoben; auch geschäftlich hatten sie Nutzen davon. Carlsen ging sonst fast gar nicht aus, weil er allzusehr hinter dem Groschen her war. Es war ganz gut, daß er einmal gelüftet wurde. Die kleine Frau hatte noch ihren besonderen Grund.

Carlsen war auf dem Lande geboren; er war kleiner Leute Sohn, die Kindheit war sehr arm gewesen. Eine Gier nach den Herrlichkeiten der Welt wurde er nie ganz los, eine Gier mit aufgerissenen staunenden Augen. Er kam von unten; das spürte man mitunter. Er selbst gab nicht viel aus; er wollte mehr haben, viel mehr, ehe er mit dem Ausgeben begann. Man mußte Geld haben, viel Geld, wenn man zu den Herrlichkeiten vordringen wollte; das hatte Carlsen gut begriffen. In den Gesellschaften aber wurde umsonst aufgetragen, der Grund zur Zurückhaltung fiel weg. Carlsens Augen glänzten, wenn all die guten Sachen auf den Tisch kamen. Es kam vor, daß er sich völlig vergaß und mit dem gierigen Hunger der Armut zugriff. Es war nicht angenehm, denn es wurde belächelt. Frau Carlsen aber meinte, daß es schon schwinden würde, wenn er nur häufiger unter Menschen käme. Sie freute sich jedesmal, wenn er einen Familienabend mitmachte. Im besonderen in der Weihnachtszeit kam sie seinem natürlichen Verlangen weit entgegen.

(Fortsetzung folgt.)

Ein Wendepunkt der Naturwissenschaft.

Von H. Falkenfels.

Eine jener unverbürgten Anekdoten, die am besten die großen Ereignisse der Weltgeschichte beleuchten, erzählt, daß Louis 16. bei der ersten Nachricht von den Vorgängen, die den großen Umsturz seinerzeit einleiteten, ausgerufen haben soll: „Das ist doch keine Revolution, das ist nur eine einfache Brotrevolte!"

Von einer solchen „Brotrevolte" melden in unsern Tagen die wissenschaftlichen Schriften, und erst das kommende Jahrzehnt vermag es zu sagen, ob sie nicht auch der Anfang der größten Umwälzungen war, welche die Wissenschaft je erlebte.

In der Sprache der Gelehrten sind es ganz geringfügige, anscheinend durchaus „akademisch", von der Welt und ihren täglichen Bedürfnissen weit abgewandte Dinge, um die man streitet. Die Zeit ist erfüllt von den gewaltigsten Ereignissen der Weltgeschichte und Politik, uralte Kulturen, die man dem Absterben nahe glaubte, erstehen auf einmal mit jugendlicher Frische, ein neues Zeitalter klopft an alle Türen, eine Hochspannung aller Arbeits- und Genußkraft legt Beschlag auf jede Minute des modernen Menschen, und nie waren die tatkräftig und bis zum äußersten angespannt im Leben stehenden Männer weniger geneigt zu stiller Nachdenklichkeit und Weltanschauungstüfteleien als jetzt. Sie horchen nicht auf die Diskussion der abseits stehenden gelehrten Welt und haben nur ein Lächeln für die „Revolution in den Studierstuben". Erst wenn der Gelehrte sich mit dem Techniker in Verbindung setzt, horchen sie auf. Jene abstrakten Grübeleien und Rechnungen werden erst dann interessant, wenn auf ihr Geheiß den Werkstätten und Fabriklaboratorien neue Arbeitsmöglichkeiten eröffnet sind. Ueber das Studium der Vogelknochen und Muskeln zuckte man lächelnd die Achseln, als aber dieses Studium in den ersten Gleitflieger umgesetzt war, unterbrachen Hunderttausende ihre Arbeit, um das neue Wunder zu bestaunen, das freilich nur deshalb als ein Wunder, ein fast Unbegreifliches erschien, weil man seine Voraussetzungen und Vorarbeiten übersah und nicht kannte.

Von solchen Vorarbeiten neuer technischer Wunder und Denkfortschritte soll hier die Rede sein.

In Kürze gesagt: in den physikalischen Hörsälen und Laboratorien disputiert man seit einiger Zeit über die Frage, ob eins denn immer und überall eins sei?

So lautet, auf die höchste Vereinfachung gebracht, eine wissenschaftliche Frage, die der Physiker als Lorentz-Einsteinsches Relativitätsprinzip bezeichnet.

Alles was damit zusammenhängt, wandelt in solchen abstrakten Denkregionen, setzt so viel Uebung in schärfstem logischem Denken voraus, erfordert so viel Mathematik, daß man fast verzagt, zu Nichtphysikern davon verständlich reden zu können. Wenn man es dennoch versucht, muß man sich darauf beschränken, gerade nur zu erzählen statt zu beweisen; man muß sich dann zufrieden geben, seine Leser verblüfft zu haben, statt sie zu überzeugen.

Im Wesen entsprang das Neue, das die wissenschaftlichen Gemüter beschäftigt, dem Bedürfnis, einen Widerspruch aufzuklären, der zwischen den Ergebnissen zweier nach den gleichen Prinzipien angestellten Versuche aufklaffte. Die englischen Physiker Michelson und Morley untersuchten die Zeit, die ein Lichtstrahl braucht, um von der Sonne auf die Erde und zurück zu gelangen, wenn man ihn spiegelt. Dem Versuch lag die Erwägung zugrunde, daß diese beiden Wege sehr ungleich sind, da sich inzwischen die Erde gegen die Sonne zu mit einer Geschwindigkeit bewegt, die etwa ein Zehntausendstel der des Lichtes beträgt. In dem einen Fall ist der Weg um sie verlängert, im entgegengesetzten Fall ist er um den gleichen Betrag verkürzt. Trotzdem man mit Sicherheit hierbei Maße von ein Hunderttausendstel Millimeter feststellen konnte, ergab sich keine Veränderung in den Längen.

Dieses Ergebnis stellte wohl zufrieden, denn es war im Einklang mit dem Relativitätsprinzip, auf dem Newton und Galilei vor Jahrhunderten die Mechanik begründet hatten, und das im Kern besagt, daß ein mit einem Bewegungssystem mitbewegter Beobachter auf keine Weise seine Bewegung feststellen kann, solange diese gleichförmig bleibt.

Da ersann nun der französische Physiker Fizeau einen sehr scharfsinnigen Versuch, um die gleichen Vorgänge unter Umständen zu messen, bei denen der Beobachter nicht mitbewegt wird. Er ließ das Licht sich fortpflanzen in der Richtung einer mit gleichmäßiger Geschwindigkeit strömenden Flüssigkeit. Es war nach dem obigen Versuch zu erwarten, daß der außenstehende Beobachter die Geschwindigkeit des Lichtes um die volle Geschwindigkeit der Flüssigkeit vermehrt finde. Das war aber nicht der Fall, sondern es kam nur ein Bruchteil der berechneten Summe hinzu.

Das ist natürlich einem Menschen aus der Lebenspraxis so gleichgültig, wie jeder andre physikalische Versuch, für den wissenschaftlich denkenden Menschen bedeutet es aber nicht weniger, als wie wenn die Erde ihren Halt verlöre. Angesichts dieses Ergebnisses wankt die Mathematik. Und weil auf ihr die Logik und das menschliche Denken überhaupt aufgebaut ist, ist dadurch die ganze „Mechanik" unsers Weltbildes bedroht.

An der Tatsache, die man seitdem oft mit staunenden Augen sah, ließ sich nicht mehr zweifeln. Nach den Versuchen, die in der Art des Fizeauschen angestellt werden, gilt das Relativitätsprinzip nicht, nach den übrigen gilt es.

Hier liegt ein unlösbar scheinender Widerspruch vor, den man nur dadurch beseitigen kann, wenn man in der Physik, in der Mathematik, in dem Denken überhaupt sozusagen eine doppelte Buchführung anwendet.

Das tat die Wissenschaft, als sie das Lorentz-Einsteinsche Relativitätsprinzip annahm; denn dieses auf seine verständlichste Form gebracht, sagt nichts andres, als daß dieselbe Zeit „gleichzeitig" verschieden sein kann, je nach dem Standpunkt, den der Beobachter einnimmt. Umgekehrt gilt es auch: wenn der eine Beobachter mitbewegt wird und der andre ruht, so sind es verschiedene Zeitintervallen und Längen, welche die beiden für identisch halten.

Michelson hat einen verblüffenden Apparat konstruiert, der es uns vorbemonstriert, daß 90 Zentimeter auf der Sonne nur 80 Zentimeter lang sind, daß ein Ereignis, das sich an einem bestimmten Punkt der Erde abspielt, und dessen Dauer dort mit 7 Stunden gewertet wird, für einen nicht mit der Erde bewegten Beobachter 10½ Stunden dauert. Mit kurzen Worten auf ein Schlagwort gebracht: Eins ist nicht absolut eins, immer und überall eins, sondern nur hier und nur jetzt. Es gibt nichts Absolutes, alles ist relativ für der Menschen Hirn. —

Das ist die neue Entdeckung, welche die Bewohner der physikalischen Hörsäle gegenwärtig in Erregung versetzt . . .

Ich nehme es niemand Übel, wenn er meint, dies sei der vollkommene Widersinn, den er gar nicht fassen könne. Ich bitte ihn aber nur, folgendes zu bedenken:

Das Verhältnis zwischen der Welt und uns ist keineswegs so, daß für die Natur eine Verpflichtung besteht, für unsern Verstand begreiflich zu sein. Das ist ja der Unterschied zwischen dem alten dogmatischen und dem neuen voraussetzungslosen Menschen. Der frühere Philosoph ging mit seiner, unabhängig von Erfahrung ausgeheckten, vorgefaßten Ansicht auf die Welt los und wählte ihre Erscheinung aus. Dies kann ich brauchen sagte er, dies paßt in mein System, jenes ist mir unverständlich, an das rühre ich nicht. In ganz naiven Zeiten nannte man das für das „System" Unverständliche „Wunder", dann hieß es: Rätsel oder Spiel der Natur, Ausnahme, noch unerforschte Tatsache. Jedes System hat einen solchen Bodensatz von „unbrauchbaren Tatsachen", in jedem fand sich die Phrase, daß sich jene noch unverständlichen Dinge im Laufe der Forschung hoffentlich im Sinne der Systems aufklären werden.

Der neue Denker, der Naturforscher, ist im Begriff, das anders zu machen. Er hat den Wahn abgelegt, als sei die Welt für ihn da, dazu gemacht, von ihm unterworfen zu werden. Er ist bescheiden geworden. Er fühlt sich nicht mehr ebenbürtig der Welt, fähig, mit seinem Verstand ihr innerstes Wesen zu ergründen, sondern er hat es gelernt, sich als ihr Geschöpf, ihr Teil zu empfinden. Er richtet sein Denken nach ihr ein, und wenn ihm die Natur für dasselbe zweierlei Wahrheiten zeigt, dann verwirft er die älteste und mächtigste seiner Lieblingsideen: den Glauben an die absolute Wahrheit.

Aus dieser Psychologie (Seelenverfassung) heraus entstand die neue Relativitätslehre und mit ihr die neue Mechanik der Physik und nur aus ihr kann sie verstanden werden.

Nichts andres hat sie getan, als den Glauben an eine absolute Wahrheit verworfen. Und schon deshalb wird auch sie auf das leidenschaftlichste verworfen und bekämpft werden von allen Philosophen der alten Denkungsart. Sie müssen den Kampf gegen sie aufnehmen, denn eine Lehre, die dem Denker die Möglichkeit abspricht, die Wahrheit zu erkennen, wendet sich im letzten Sinne gegen die Berechtigung zum Denken überhaupt.

Der Gedanke von der Relativität alles Seins war nicht neu, oft hat der Menschengeist schon mit ihm kokettiert — aber nun trifft es ihn wie eine Ernüchterung nach hochfliegendem Rausche, daß aus dem Spiel Ernst und rauhe Wirklichkeit werden soll. Das Hirngespinst der Philosophen tritt nun auf einmal mit mathematisch-physikalischen Beweisen für sich auf. Höhnisch dreht es das alte übermütig stolze Wort des Hegelismus in sein Gegenteil um: wenn Tatsachen und Logik nicht harmonieren — um so schlimmer für die Tatsachen. So soll es nicht mehr heißen, sondern die unerbittliche Sprache der Zahlen verkündet das frösteln machende Urteil: um so schlimmer für die Logik.

Man sucht in dem Strome der einstürmenden unbehaglichen Gedanken sich auf die Insel des Zweifels zu retten. Vielleicht steckt in diesem unmöglich erscheinenden Ergebnis ein Rechenfehler? Es ist eine Theorie und nichts weiter! Man durchstöbert das bereits mächtig anschwellende Schrifttum der Relativitätslehre — und findet, daß mit ihr gar mancherlei in der bestehenden Naturerkenntnis schwer vereinbar ist. Die Gesetze des Stoßes und der Reibung sind anders, als sie es nach dem Relativitätsgesetz sein sollten; die Phänomene der Schwerkraft lassen sich nicht ohne Künstelei in ihren Rahmen einfügen. Aber auf der andern Seite spricht der Himmel sein ernstes Wort, um uns den Glauben an die Möglichkeit der Erfassung absoluter Wahrheit zu benehmen.

Ist das Relativitätsprinzip ein Universalgesetz der Natur, dann müßte es sich auch im Laufe der Gestirne offenbaren. Und — unheimlicherweise kennen wir solche! Der Planet Merkur hat in unserm Sonnensystem die rascheste Bewegung; an ihm war am ehesten ein Einfluß, der mit dem Prinzip der Relativität im Einklang wäre, zu erwarten. Und gerade er zeigt wirklich Abweichungen, welche die alte Mechanik des Himmels nicht zu erklären vermochte.

Und außerdem: es gibt bereits eine vollkommene experimentelle Bestätigung des Relativitätsprinzips. Die Versuche von Bucherer, die an die Messungen der Geschwindigkeit der Elektronen anknüpfen, haben unabhängig von dem Relativitätsprinzip zu der Einsicht geführt, daß die Masse der Elektronen nichts Absolutes sei, sondern von der Geschwindigkeit abhänge. Das ist eine vollkommene Bestätigung dessen, was wir lieber nicht finden wollten. Auch bei kühlster Erwägung alles Für und Wider muß man sich sagen: das Relativitätsprinzip ist wenn auch noch nicht völlig zweifellos, so doch eine durchaus ernst zu erwägende Erkenntnis von unaussprechbarer Tragweite.

Hier ist der Kampfplatz, auf dem die bedeutsamsten und mächtigsten Schlachten der Forschung geschlagen werden. Es geht wie ein Vorahnen einer Götterdämmerung durch die Welt der Wissenschaften, und sie steht vor so schweren Tagen der Entscheidung wie nie zuvor. —

Anmerkung. Für Leser, die diese bedeutsamen Grundfragen weiter studieren wollen, verzeichnen wir die wichtigsten Quellen über die Relativitätstheorie:

1. M. Mecklenburg, Die experimentelle Grundlegung der Atomistik. Jena 1910. (Für die Elektronentheorie.)

2. Für die Michelson-Morleyschen Versuche: E. Cohn, Physikalisches über Raum und Zeit. Leipzig 1911.

3. Für das Lorentz-Einsteinsche Relativitätsgesetz: H. Poincaré, Die neue Mechanik. Leipzig 1911. Einstein selbst hat sein Relativitätsprinzip bezüglich der Lichtausbreitung im leeren Raum ausgeführt im „Jahrbuch der Radioaktivität und Elektronik. 4. Band. —